

# JUNGGRÜNE VISION 2017

zur Landesmitgliederversamm-  
lung  
der GRÜNEN JUGEND NRW  
vom 18. bis 19. Juni 2016



## Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel NRW - Land der Zukunft!</b> .....	<b>3</b>
<b>Z - Für eine GRÜNE Zukunft!</b> .....	<b>4</b>
Z1 Umwelt & Klimaschutz .....	4
Z2 Energie .....	6
Z3 Mobilität .....	8
Z4 Landwirtschaft .....	10
<b>S - Für ein solidarisches NRW der Zukunft</b> .....	<b>11</b>
S1 Arbeit & Soziales .....	11
S2 Wirtschaft .....	12
S3 Kommunales .....	13
S4 Finanzen .....	15
<b>B - Mit guter Bildung und Ausbildung in die Zukunft</b> .....	<b>16</b>
B1 Schule .....	16
B2 Hochschule .....	21
B3 Ausbildung .....	24
B4 KiTa & frühkindliche Bildung .....	25
<b>G - Gesellschaft für alle</b> .....	<b>26</b>
G1 Geflüchtete, Migration, Integration .....	26
G2 Queer .....	28
G3 Frauen* & Gender/Inter, Trans* .....	30
G4 Kein Fußbreit der Menschenfeindlichkeit .....	31
<b>D - Demokratie der Zukunft</b> .....	<b>32</b>
D1 Direkte Demokratie & Einwohner*innenbeteiligung .....	32
D2 Jugend .....	33
D3 Innenpolitik .....	34
D4 Strategien gegen Rechts .....	37
<b>Glossar</b> .....	<b>39</b>

# 1 Präambel

## 2 NRW – Land der Zukunft!

3 Im Mai 2017 stehen in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen an, die die  
4 Richtung für die kommenden fünf Jahre in unserem Bundesland weisen  
5 werden. Wie stellen wir uns das NRW der Zukunft vor? Welche Projekte  
6 will unser junger und grüner Verband voranbringen?

7 Unsere junggrüne Vision für NRW hat keinen Platz für Umweltver-  
8 schmutzung, für soziale Ungerechtigkeiten, für Diskriminierung,  
9 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Unterdrückung. Wir for-  
10 dern eine Politik, die sich an den Grundsätzen von Nachhaltigkeit,  
11 an der Gleichberechtigung aller Menschen, an Antifaschismus und An-  
12 tirassismus, an der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit, an Transpa-  
13 renz, Teilhabe und Offenheit orientiert.

14 Wir setzen uns gemeinsam mit den Menschen in NRW für den ökologi-  
15 schen und sozialen Umbruch und die grundlegende Veränderung gesell-  
16 schaftlicher Strukturen ein. Wir sind in vielen außerparlamentari-  
17 schen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv.  
18 Als politischer Jugendverband sind wir damit Teil einer grünen und  
19 emanzipatorischen Bewegung.

20 In diesem Zukunftsprogramm haben wir uns intensiv mit der NRW-  
21 Landespolitik beschäftigt und unsere Vorstellungen für ein NRW der  
22 Zukunft festgehalten.

23 Unsere Vision ist eindeutig: Wir wollen ein ökologisches, solidari-  
24 sches, vielfältiges und grünes NRW für alle!

## **Z - Für eine GRÜNE Zukunft!**

25

26 Unser Klima geht uns alle an! In NRW spüren wir die Ausweitung des  
27 Klimawandels nicht so sehr wie im globalen Süden (1). Aber auch  
28 hier machen sich schon Folgen des Klimawandels bemerkbar. Wir wollen  
29 ein NRW, das proaktiv dabei mithilft, den Klimawandel zu stoppen und  
30 das 2-Grad-Ziel (2) zu erreichen. Wir wollen, dass aus dem ehemali-  
31 gen Kohleland Nr. 1 ein Bundesland wird, das von einem nachhaltigen  
32 und ökologischen Zusammenleben profitiert. Rot-Grün hat mit dem Kli-  
33 maschutzgesetz erste Schritte getan. Dennoch: Braunkohle ist in NRW  
34 immer noch ein zentraler Teil der Energieversorgung, die Montanin-  
35 dustrie hat lange verschlafen sich umzustellen, die Städte an Rhein  
36 und Ruhr werden immer noch durch PKW-Mobilität geprägt und die Land-  
37 wirtschaft? Agiert viel zu oft konventionell, unökologisch und nicht  
38 artgerecht. Wir? Sind die Zukunft und fordern unsere Zukunft ein.  
39 Deswegen kämpfen wir für ein grüneres NRW!

40

### **Z1 Umwelt & Klimaschutz**

41

42

#### **Natur erhalten - in Stadt und Land**

43

44 Um Innenstädte lebenswerter zu gestalten und Platz für Pflanzen zu  
45 schaffen, die für ein gutes Klima in der Stadt wichtig sind, braucht  
46 es mehr Grünflächen.

47 Durch die von uns angestrebte Verlagerung des Verkehrs weg vom Auto  
48 hin zu Rad und ÖPNV (3) werden in den Innenstädten Parkplätze über-  
49 flüssig. Wir wollen es den Anwohner\*innen ermöglichen, diese Park-  
50 plätze in kleine Grünflächen umzuwandeln. Da es vielerorts Ein-  
51 griffsverbote gibt, fordern wir, dass eine landesweite Legalisierung  
52 der Nutzung bisher ungenutzter Flächen folgt. Urban Gardening (4)  
53 wollen wir so durch eine landesweite Initiative fördern und attrak-  
54 tiver machen, denn an der Gestaltung des öffentlichen Raums sollten  
55 alle teilhaben können!

56 Aber nicht nur die Innenstädte stehen in unserem Blick. Der Schutz  
57 der Arten- und Lebensraumvielfalt ist eine zentrale Aufgabe unserer  
58 Generation. Wir brauchen Rückzugsorte, in denen die Natur weitgehend  
59 ungestört vom Menschen gedeihen kann. Daher fordern wir die Stärkung  
60 des Nationalparks Eifel und die natürliche Entwicklung der komplet-  
61 ten Fläche. Des Weiteren fordern wir im Interesse der Umwelt, dass  
62 der Beschluss zur Einrichtung eines Nationalparks Senne endlich um-  
63 gesetzt wird.

64

## 65 **Klimaschutz in den Kommunen**

66 Das Klimaschutzgesetz in Verbindung mit einem verbindlichen Klima-  
67 schutzplan ist ein erster Schritt. Wir fordern aber mehr: Im Rahmen  
68 des Klimaschutzplans soll es verbindliche Zwischenziele im 1- oder  
69 2-Jahrestakt geben, um auch mittelfristig Planungssicherheit zu er-  
70 reichen und sicherzustellen, dass die Ziele im Jahr 2020 bzw. 2050  
71 auch eingehalten werden. Falls Ziele mit den geplanten Maßnahmen  
72 nicht erreicht werden, muss die Landesregierung durch zusätzliche  
73 Maßnahmen gegensteuern.

74 Viele Kommunen haben bereits ein Klimakonzept erstellt. Wir fordern,  
75 dass jede Kommune ein solches Konzept erstellen muss und es dem Lan-  
76 desumweltministerium vorlegt. In einem solchen Konzept sollten sich  
77 die Kommunen auf Reduktionsziele verpflichten. Diese Ziele sollten  
78 sich am CO<sub>2</sub>-Äquivalent-Ausstoß (5) der Kommune, dem örtlichen Ein-  
79 sparpotenzial und dem übergeordneten Klimaschutzziel des Landes ori-  
80 entieren. Diese Reduktionsziele sollten alle zwei Jahre kontrolliert  
81 werden, damit dann unter Beachtung der bisherigen Reduktion die wei-  
82 teren Ziele gegebenenfalls erhöht werden können. Die Kommunen erhal-  
83 ten zur Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen staatliche Kredite, die  
84 erlassen werden, wenn die jeweilige Kommune ihr Reduktionsziel er-  
85 reicht. Je höher die angestrebten Reduktionsziele, desto höher kön-  
86 nen auch die Förderkredite ausfallen. So entsteht ein Anreiz, mög-  
87 lichst effektive Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

88

## 89 **Klimafolgenfonds**

90 Die Verursacher\*innen der Klimakatastrophe müssen für die Folgen der  
91 Katastrophe herangezogen werden. Dafür soll ein Fonds eingerichtet  
92 werden, in den Treibhausgasemittent\*innen abhängig von der Höhe des  
93 Treibhausgasausstoßes in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten einzahlen müssen. Der  
94 Fonds soll von einem Gremium bestehend aus Vertreter\*innen der Kom-  
95 munen und des Landes verwaltet werden, die gemeinsam über die Ver-  
96 wendung der Mittel nach festgelegten Richtlinien entscheiden und das  
97 Zielvolumen des Fonds festlegen. Zusätzlich fordern wir eine Min-  
98 destabgabe auf den Ausstoß von Treibhausgasen und den Abbau von fos-  
99 silen Brennstoffen, die in den Fonds fließen soll.

100 Bei der Einführung eines solchen Fonds schlagen wir ein mehrstufiges  
101 Modell vor:

102 Stufe 1: In den Fonds zahlen zunächst nur die Unternehmen der Ener-  
103 giewirtschaft in NRW ein. Diese sind für rund die Hälfte der Treib-  
104 hausgasemissionen (kurz THG-Emissionen) in NRW verantwortlich und  
105 müssen bereits heute ihre THG-Emissionen erfassen.

106 Stufe 2: Nach der Einführung des Fonds sollte baldmöglichst auch die  
107 Industrie in den Kreis der Zahler\*innen für den Fonds aufgenommen  
108 werden. Auch hier ist die Aufnahme oft unkompliziert, da viele In-  
109 dustriebetriebe schon heute ihre Emissionen überwachen.

110 Stufe 3: Als letztes werden Landwirtschaft und Verkehrssektor dazu  
111 verpflichtet, ihren Beitrag zum Fonds zu leisten. Dafür müssen Me-

112 thoden entwickelt werden, die die Emissionen aus der Landwirtschaft  
113 unbürokratisch und hinreichend genau erfassen und Ausweicheffekte  
114 auf Nachbarbundesländer vermeiden.

115

## 116 **Z2 Energie**

117

### 118 **Dezentrale, selbstbestimmte Energieversorgung jetzt!**

119 Die Energiewende ist nicht nur eine Wende von fossilen und atomaren  
120 Energieträgern zu zukunftsfähigen Energiequellen, sondern auch eine  
121 Wende von einer Wirtschaft, in der wenige über die Möglichkeit ver-  
122 fügen, Strom zu produzieren, hin zu einer dezentraleren, selbstbe-  
123 stimmten Energieversorgung, das heißt einer Wirtschaft, in der je-  
124 de\*r selbst Strom für sich produzieren kann und sich jede\*r an der  
125 Stromproduktion beteiligen kann. Deshalb bekennt sich die GRÜNE JU-  
126 GEND NRW zur dezentralen Energiewende! Hier fordern wir, dass die  
127 aktuellen Windvorrangflächen des Landesentwicklungsplanes ausgewei-  
128 tet und die Planungen für Windkraftanlagen stärker unterstützt wer-  
129 den.

130 Die Voraussetzung für eine dezentrale und regenerative Energiever-  
131 sorgung ist aber auch eine intelligente und flexible Infrastruktur.  
132 Die Stromnetze in ihrer heutigen Form sind immer noch auf große  
133 Kraftwerke und wenig Speicherung ausgelegt. Damit die dezentrale  
134 Energiewende funktionieren kann, benötigen wir einen Aus- und Umbau  
135 der Stromnetze, damit der Strom dort, wo er produziert wird, auch  
136 eingespeist werden kann. Dabei sollten die ökologischen Folgen des  
137 Netzausbaus so gering wie möglich gehalten werden und neue Stromlei-  
138 tungen vor allem entlang der bisherigen Infrastrukturtrassen wie Au-  
139 tobahnen, Schienen oder vorhandenen Stromleitungen errichtet werden.  
140 Zudem sollten Mindestabstände zur Wohnbebauung eingehalten werden,  
141 ansonsten muss eine Pflicht zur Erdverkabelung gelten. Um den Netz-  
142 ausbau auf ein Minimum zu reduzieren sollte Strom im Wesentlichen  
143 dort produziert werden, wo er verbraucht wird.

144

### 145 **Kommunale Selbstversorgung erhalten!**

146 Als nächsten Schritt muss das Land effektive Anreize für eine Rekom-  
147 munalisierung der kommunalen Energieversorger anbieten, denn mit ei-  
148 ner Energieversorgung in kommunaler Hand hätten Bürger\*innen und Po-  
149 litik wieder mehr Einfluss darauf, welcher Strom tatsächlich aus der  
150 Steckdose kommt.

151

152 Zudem können Kommunen gemeinsam mit Bürger\*innen für die Energiere-  
153 volution sorgen, wenn sie die Entstehung sogenannter Bür-  
154 ger\*innensolaranlagen fördern. Hierbei werden beispielsweise die  
155 Dachflächen kommunaler Gebäude zur Verfügung gestellt, damit Bür-  
156 ger\*innen darauf gemeinsam Photovoltaikanlagen errichten und gemein-  
157 schaftlich betreiben können. Auch andere erneuerbare Energien könn-

158 ten mit solchen Konzepten in die Stromversorgung der Kommunen einbe-  
159 zogen werden.

160

## 161 **Weniger Energieverbrauch durch Gebäude**

162 In vielen Gebäuden ist heute ein viel zu großer Energieverbrauch zu  
163 verzeichnen. Unser Ziel ist es, langfristig alle Häuser so zu ge-  
164 stalten, dass sie möglichst viel Energie selbst erzeugen und mög-  
165 lichst wenig Energie verbrauchen. Dazu sollen bestehende Förderpro-  
166 gramme des Landes ausgebaut und so niederschwellig angeboten werden,  
167 dass alle Hausbesitzer\*innen die Möglichkeit erhalten, Gebäude ener-  
168 getisch zu sanieren. Darüber hinaus soll das Land seine gesetzlichen  
169 Kompetenzen im Baurecht nutzen, um energiesparende und klimafreund-  
170 liche Bau- und Sanierungsvorhaben vorzuschreiben. Das Ziel muss  
171 langfristig sein, dass Gebäude in NRW mindestens dem Passivhaus-  
172 Standard entsprechen.

173

## 174 **Raus aus den fossilen Energien!**

175 Die Braunkohle nimmt selbst unter den fossilen Energieträgern eine  
176 Sonderstellung ein, da sie die umweltschädlichste Form der Energie-  
177 gewinnung darstellt, bei der nur knapp 40% der in der Braunkohle  
178 enthaltenen Energie genutzt wird.

179 Wir setzen uns für ein Kohlemoratorium ein, also ein Neubauverbot  
180 weiterer Kohlekraftwerke. Jedes weitere Kraftwerk zementiert durch  
181 lange Laufzeiten überholte Strukturen und verhindert die notwendige  
182 Energiewende. Auf unserem Weg zu 100 Prozent regenerativen Energien  
183 ist ein geregelter Ausstiegsplan aus der Kohlekraft vonnöten. Auf-  
184 grund der sinkenden Preise der erneuerbaren Energien und der anstei-  
185 genden Kosten für den Betrieb von Kohlekraftwerken kann es ohne Aus-  
186 stiegsplan zu einem ungeregelten Ausstieg aus der Kohle kommen. Die-  
187 ser hätte fatale Folgen für die Menschen, die in der Braunkohlebran-  
188 che ihren Arbeitsplatz haben. Daher fordern wir aus sozialen und  
189 ökologischen Gründen einen raschen Ausstieg aus der Braunkohle. Ein  
190 Ausstiegsplan muss dabei dafür sorgen, dass die Menschen, die in der  
191 Braunkohle arbeiten, weitergebildet werden können, um nach dem Ende  
192 der Kohle andere wichtige Aufgaben übernehmen zu können. Ein Sozial-  
193 plan soll alle, die keinen direkten Anschlussjob finden, absichern.  
194 Der Neubau von Kohlekraftwerken, steht einer ernsthaften Klimapoli-  
195 tik entgegen. Wir fordern daher, die Gerichtsurteile in Bezug auf  
196 Datteln IV endlich anzuerkennen und Uniper an seine Verpflichtung zu  
197 binden, die Baustelle wieder zur grünen Wiese zurückzubauen. Auch  
198 den Neubau des BoAplus-Kraftwerks im Rheinland lehnen wir ab! Die  
199 Verkleinerung des Braunkohletagebaus Garzweiler war ein wichtiger  
200 Schritt. Wir fordern nun, auch weitere Tagebaue zu verkleinern, da  
201 die energiepolitische Notwendigkeit nicht mehr gegeben ist. Es darf  
202 nicht sein, dass Menschen ihre Häuser verlieren, weil gewisse Par-  
203 teien aus reiner Ideologie an der Kohle festhalten.

## 204 **Biomasse**

205 Die Nutzung von Biomasse bringt viele Probleme mit sich und ist eine  
206 der umstrittensten erneuerbaren Energieträger. Die Möglichkeit Strom  
207 aus Biomasse dann zu erzeugen, wenn er gebraucht wird, ist auf al-  
208 lerdings ein großer Vorteil der Biomasse im Vergleich zu Solaranla-  
209 gen und Windrädern. Den Einspeisevorrang für Biomasse wollen wir  
210 aufheben, sobald alle Kohlekraftwerke vom Netz gegangen sind, damit  
211 diese Flexibilität der Biomasse zum Gelingen der Energiewende bei-  
212 trägt.

213 Aber auch aus Bioabfällen lässt sich Biogas gewinnen. Wir fordern  
214 daher die flächendeckende Einführung einer Biomülltonne und die  
215 Überprüfung und gegebenenfalls Aufhebung der bisherigen Ausnahmere-  
216 geln. Darüber hinaus fordern wir von den Kommunen, ihren eigenen  
217 Grünabfall wenn möglich energetisch zu verwerten.

218 Wir fordern zudem ein Verbot der Einfuhr von Energiepflanzen aus Re-  
219 gionen, in denen Lebensmittelknappheit herrscht und von Biomasse die  
220 auf dafür gerodeten Urwaldflächen angebaut wurden. Generell sollte  
221 der Import von Biomasse stark beschränkt werden.

222

## 223 **Z3 Mobilität**

224

### 225 **ÖPNV neu denken: Das Rückgrat nachhaltiger Mobilität**

226 Wir wollen das Land in die Pflicht nehmen, sich landesweit für einen  
227 attraktiven ÖPNV einzusetzen und dafür einen Aktionsplan Moderner  
228 ÖPNV in Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbänden aufzusetzen. Darin  
229 sollen sich Vorgaben an die Verkehrsverbände für die Ausschreibung  
230 von SPNV-Linien (6) befinden, beispielsweise die Ausstattung mit  
231 freiem WLAN. Auch die Bedürfnisse unterschiedlich strukturierter Re-  
232 gionen in NRW müssen in dem Aktionsplan Niederschlag finden. Außer-  
233 dem sollte darin die konsequentere Umsetzung des NRW-Taktes veran-  
234 kert werden. Hierfür muss die bisherige Umsetzung evaluiert werden  
235 und möglichst eine Ausweitung auf Busse, Straßen- und Stadtbahnen  
236 stattfinden. Dies ist besonders in Tageszeiten und Regionen wichtig,  
237 in denen Linien mit schwachen Takten bedient werden.

238 Aktuell werden einige Verbindungen dadurch unattraktiv, dass sie  
239 über eine Grenze zwischen zwei Verkehrsverbänden verlaufen. Direkt-  
240 verbindungen gibt es hier seltener und die Übergangstickets sind  
241 vergleichsweise teuer. Die separate Netzplanung sowie das individu-  
242 elle Ticketing der verschiedenen Verkehrsverbände sind kontraproduk-  
243 tiv für ein attraktives Angebot in ganz NRW. Wir fordern, dass das  
244 Land im Rahmen des Aktionsplans einen Dialog zwischen den Verkehrs-  
245 verbänden initiiert, um langfristig die einzelnen Verkehrsverbände  
246 zu einem NRW-Verbund mit einheitlicher Netzplanung zusammenzulegen.

247 Angelehnt an den Pilotversuch im VRS, bei dem auf mehreren S-Bahn-  
248 Linien die 1. Klasse abgeschafft wurde, wollen wir auch in anderen  
249 Verkehrsverbänden und abseits der S-Bahnen einen ÖPNV, den alle Nut-



250 zer\*innen gleichberechtigt nutzen können. So werden mehr Kapazitäten  
251 in den Bahnen frei und das Angebot insgesamt attraktiver.

252 Im öffentlichen Nahverkehr gibt es ein Finanzierungsproblem: Die  
253 Kosten zur Erbringung der Verkehrsleistung steigen, aufgrund klammer  
254 Kassen können viele Kommunen die Defizite der städtischen Verkehrs-  
255 betriebe nicht mehr ausgleichen, die Ticketpreise steigen und das  
256 Angebot wird teilweise ausgedünnt. Um den nötigen Ausbau des ÖPNVs  
257 in NRW nachhaltig zu finanzieren, fordern wir einen ticketlosen Nah-  
258 verkehr für NRW. Dies soll durch eine ÖPNV-Umlage mit sozialer Kom-  
259 ponente finanziert werden und steigert nicht nur die Attraktivität  
260 des ÖPNV, sondern sorgt gleichzeitig für mehr Mobilitätsgerechtig-  
261 keit.

262 Besonders schlecht steht es in NRW um die Stadtbahnen im Ruhrgebiet.  
263 Hier sind Sanierungen dringend notwendig. Dies muss mit Landesmit-  
264 teln geschehen, da die Kommunen schon nicht über das nötige Geld zur  
265 Sanierung verfügen, um den Betrieb weiterhin zu gewährleisten. Bei  
266 dieser Sanierung sollen die Zugsicherungssysteme, Spurweiten und  
267 Standards bei der Stromversorgung vereinheitlicht werden. So wird  
268 ein mittelfristiges Zusammenwachsen zu einem zusammenhängenden  
269 Stadtbahnnetz für einen der größten Ballungsräume Europas ermög-  
270 licht.

271

## 272 **Raus aus den Autos, rauf auf die Räder!**

273 Unsere Vision ist ein NRW-weites Radschnellwegenetz, das vernetzte  
274 Fahrradmobilität im ganzen Land ermöglicht. Hierfür begrüßen wir die  
275 bisherige Landesförderung. Wir nehmen es aber mit Entsetzen zur  
276 Kenntnis, dass der Bundesverkehrswegeplan 2030 seinen Schwerpunkt  
277 weiterhin auf Autobahnen legt und die Förderung des Radschnellwegs  
278 Ruhr dabei untergeht. NRW muss hier die Prioritätenliste für den  
279 Bundesverkehrswegeplan ändern und entsprechenden Druck ausüben!

280 Wir freuen uns über das wachsende Bikesharingangebot in NRW. Bike-  
281 sharing gewinnt an Attraktivität, wenn Fahrräder auch für längere  
282 Strecken zwischen den Städten genutzt werden können. Wir fordern da-  
283 her einen Anstoß zur Kooperation zwischen verschiedenen Bikesharing-  
284 Betreibern.

285 Das Fahrrad ist das ideale Verkehrsmittel für die Fahrt zum nächsten  
286 Bahnhof und vom Bahnhof zum Ziel. Daher fordern wir eine Ausweitung  
287 der Fahrradmitnahmemöglichkeiten im ÖPNV und den Auf- und Ausbau von  
288 sicheren kostenlosen Fahrradabstellmöglichkeiten an Bahnhöfen und  
289 Haltepunkten.

290

## 291 **Radfahren, aber sicher!**

292 Radfahren wird von vielen Menschen in NRW als gefährlich angesehen.  
293 Immer wieder kommt es durch eine unübersichtliche Verkehrsführung,  
294 oder durch Fehler und Unachtsamkeit von anderen Verkehrsteilneh-  
295 mer\*innen zu Unfällen mit Radfahrer\*innen. Wir fordern deswegen ein  
296 Landesprogramm zur Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer\*innen,  
297 insbesondere von Autofahrer\*innen. Menschen, die ein Fahrzeug fah-

298 ren, müssen sich der Gefahren, die sie damit für andere Verkehrs-  
299 teilnehmer\*innen darstellen, bewusst sein.

300

## 301 **Z4 Landwirtschaft**

302

### 303 **Lebewesen sind kein Wegwerfprodukt!**

304 Wir fordern, dass die furchtbare Praxis, männliche Küken zu schred-  
305 dern, beendet wird. Täglich werden so tausende frisch geschlüpfte  
306 Tiere getötet. Da das NRW-Verbot gerichtlich gekippt wurde, fordern  
307 wir eine Bundesratsinitiative für ein neues Bundestierschutzgesetz,  
308 das diese Praxis verbietet.

309

### 310 **Bio für alle!**

311 Biologische Landwirtschaft ist aus Gründen der Biodiversität aber  
312 auch des Boden- und Gewässerschutzes unterstützens- und förderungs-  
313 wert. Damit wird unserer Forderung nach einer Abkehr von Monokultu-  
314 ren hin zu einer Fruchtfolgewirtschaft Rechnung getragen. Die Vor-  
315 teile von Bio-Landwirtschaft erkennen auch immer mehr Verbrau-  
316 cher\*innen und die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln steigt stärker  
317 als das Angebot. Die Ökolandbau-Förderung muss deshalb ausgebaut  
318 werden, indem etwa der Förderrahmen des Bundes ausgeschöpft und Prä-  
319 mien erhöht werden. Langfristig werden Bio-Lebensmittel dadurch auch  
320 günstiger.

321

### 322 **Weniger Gülle - mehr sauberes Wasser!**

323 Die Nitratbelastung in NRWs Grundwasser steigt und ist vielerorts  
324 viel zu hoch. Wir fordern strengere Kontrollen und ein Ende des Gül-  
325 le-Handels mit den Niederlanden. Das hohe Gülle-Aufkommen belastet  
326 auf lange Sicht die Umwelt und ist Ausdruck der Massentierhaltung,  
327 die wir ablehnen.

# 328 **S - Für ein solidarisches NRW** 329 **der Zukunft**

330  
331 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Industrieland. Daher ist es be-  
332 sonders wichtig, dass wir uns Gedanken um die Zukunft der hart ar-  
333 beitenden Menschen in unserem Bundesland machen.

334 Dabei stellen wir schnell fest, dass der Marktmechanismus aus dem  
335 letzten Jahrhundert am Ende ist. Er kümmert sich weder um ökologi-  
336 sche Verträglichkeit noch um gerechte Verteilung. Wir fordern, die  
337 markt- und effizienzorientierte Betrachtungsweise nicht auf alle Be-  
338 reiche des Lebens auszudehnen, sondern einen handelnden Staat, der  
339 seine wirtschaftliche Ausrichtung auf Solidarität, Ökologie und  
340 Postwachstum (7) baut.

341 Wir finden, dass Wirtschaft ein Instrument aller zum Wohlstand aller  
342 sein muss und nicht das Werkzeug weniger zur eigenen Bereicherung  
343 sein darf!

344

## 345 **S1 Arbeit & Soziales**

346

### 347 **Leistung hat schon genug Gesellschaft!**

348 Eine Arbeitswelt, die sich nur am Streben nach beruflicher Anerken-  
349 nung orientiert, keine Fehlzeiten akzeptiert und systematisch Ange-  
350 stellte zu Überstunden drängt, erzeugt seit Jahren einen immer stär-  
351 keren Druck auf Arbeitnehmer\*innen.

352 Auch bei jungen Menschen werden vermehrt stressbedingte Burnouts,  
353 Schlafstörungen oder ähnliche Krankheitsbilder diagnostiziert. Damit  
354 verbunden ist der Rückzug aus dem aktiven gesellschaftlichen Leben -  
355 eine fatale Entwicklung für die Zivilgesellschaft!

356 Arbeit muss immer lebenswert gestaltet sein. Insbesondere muss es  
357 Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben geben.  
358 Hier muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern daher  
359 Modelle zur verstärkten Teil- und Gleitzeit ebenso wie so genannte  
360 Sabbatjahre, den rechtlichen Anspruch auf Lebensarbeitszeitkonten  
361 und die Etablierung von Homeoffice als reguläres Arbeitszeitmodell,  
362 in Tätigkeiten in denen dies möglich ist, beispielsweise in Büroar-  
363 beiten.

364

### 365 **Arbeit: Sicher und Fair!**

366 Viele Druckmittel wurden in den vergangenen Jahren durch eine unso-  
367 ziale Bundesgesetzgebung ermöglicht. Arbeitsmarktpolitisch fordern  
368 wir daher Bundesratsinitiativen für einen auskömmlichen flächende-  
369 ckenden Mindestlohn ohne Ausnahmen, gegen Leiharbeit, gegen den Ver-  
370 lust von regulären Arbeitsplätzen durch eine Ausweitung von Werkver-  
371 trägen und eine Abschaffung des undemokratischen Tariftreuegesetzes.

372 Eine weitere Form der Ausbeutung, die in den letzten Jahren ver-  
373 stärkt stattfindet, ist die des unbezahlten Praktikums. Teilweise  
374 wird dabei über Monate hinweg zu allerniedrigsten Konditionen oder  
375 ganz ohne Bezahlung Vollzeitarbeit geleistet - Lerneffekt oder Zu-  
376 satzqualifikation: Fehlanzeige.

377 Die Generation Praktikum muss der Vergangenheit angehören, daher  
378 fordern wir das Verbot von entgeltfreien Praktika! Jede Arbeit hat  
379 ihren Wert!

380

### 381 **Selbstständige absichern!**

382 Kreatives Unternehmer\*innentum - nicht zuletzt der enorme Boom von  
383 nachhaltigem, sozialem und ökologischem Unternehmer\*innentum der  
384 letzten Jahre - hat gezeigt, dass unternehmerisches Handeln auch un-  
385 ter ökologischen Gesichtspunkten positiv sein kann. Wir fordern des-  
386 halb, den Schritt in die Selbstständigkeit mit entsprechenden För-  
387 derprogrammen und Beratungsangeboten stärker zu unterstützen und ei-  
388 ne Bundesratsinitiative zur Einführung einer Bür-  
389 ger\*innenversicherung zur Absicherung von Freiberufler\*innen und  
390 Selbständigen.

391

### 392 **Sozialer Wohnraum und Mietpreisbremse jetzt!**

393 NRW muss sich im Bundesrat für die komplette Abschaffung der Ausnah-  
394 meregelungen und die „Wohnungsmärkte-unabhängigen Allgemeingültig-  
395 keit“ der Mietpreisbremse einsetzen. Des Weiteren soll das Land Maß-  
396 nahmen entwickeln, wie das unsoziale Wachstum der Mietpreise in NRWs  
397 Metropolen zu begrenzen ist, um Wohnraum für alle Menschen - unab-  
398 hängig von ihrem Einkommen - zu gewährleisten. Wohnraum darf kein  
399 Luxusgut sein!

400 Wir fordern zudem, dass bestehende Programme des Landes NRW zur För-  
401 derung des sozialen Wohnungsbaus bestehen bleiben und weiterverfolgt  
402 werden sowie weitere Anreize für Kommunen, mehr sozialen Wohnraum zu  
403 schaffen.

404

## 405 **S2 Wirtschaft**

406

### 407 **Wachstum ist am Ende**

408 Wir sind ein wachstums- und konsumkritischer Verband. Neben der Tat-  
409 sache, dass es in einer begrenzten Welt kein unendliches Wachstum  
410 geben kann, lehnen wir auch die direkte Verbindung von Wirtschafts-  
411 wachstum und Wohlstand im BIP (8) als Wohlstandsindikator ab. Es  
412 müssen neue Wohlstandsindikatoren entwickelt werden, welche Wohl-  
413 stand nicht aufgrund von Wachstum, sondern aus ökologischen Aspek-  
414 ten, Ressourcenverbrauch, und sozialer Gerechtigkeit definieren.  
415 Wirtschaftlicher Erfolg muss endlich allen Menschen zu Gute kommen  
416 und darf nicht zur Bereicherung Einzelner dienen. Deswegen fordern  
417 wir in NRW eine Lebensqualitätsbilanz, die jährlich zu veröffentli-  
418 chen ist und die oben genannten Faktoren miteinbezieht.

419

## 420 **Ökologisch & Ökonomisch**

421 Wir sind der Ansicht, dass sich wirtschaftliches Handeln an seiner  
422 ökologischen Verträglichkeit orientieren muss. Öffentliche Kampag-  
423 nen, mit denen Unternehmen versuchen, sich einen grünen Anstrich zu  
424 geben, reichen nicht aus. Wir brauchen eine grundlegende Änderung  
425 der Arbeitsabläufe und Produktionsbedingungen. Eine Wirtschaftsweise  
426 zulasten unserer Umwelt hat keine Zukunft, umweltschonendes Verhal-  
427 ten ist also auch im ökonomischen Interesse der Unternehmen. Deshalb  
428 ist es nur folgerichtig, wenn sie sich über die gesetzlichen Rege-  
429 lungen hinaus für soziale und ökologische Belange einsetzen.

430 Schöne Worte, freiwillige Selbstverpflichtungen und einvernehmliche  
431 Umweltpakte zwischen Wirtschaft und Politik reichen jedoch bei wei-  
432 tem nicht, um effektiv und schnell gegen Umweltverschmutzung und  
433 Klimawandel vorzugehen. Wir setzen auf eine Mischung aus Anreizen in  
434 Form einer umfassenden ökologischen Steuerreform, die umwelt- und  
435 klimaschädigendes Verhalten finanziell belastet und gesetzlichen  
436 Vorgaben wie bei der Top-Runner-Regelung (9). Hier muss das Land  
437 durch eine Bundesratsinitiative aktiv werden. Des Weiteren bedarf es  
438 klaren Regelungen zur Unternehmenswerbung, welche unlautere Green-  
439 washing-Kampagnen verbietet. Erst mit Anreizen und echter Aufklärung  
440 werden Umwelt- und Klimaschutz finanziell attraktiv und umweltschäd-  
441 liche Produkte aus dem Markt verdrängt.

442

## 443 **S3 Kommunales**

444

### 445 **Überschuldete Kommunen unterstützen**

446 Ende 2014 hatten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen insgesamt 62  
447 Milliarden Euro Schulden. Die Kreise, Kommunen und die Aachener  
448 Städtereion leiden unter einer falschen Kommunalpolitik von Bund  
449 und Land: Kommunen müssen immer mehr Aufgaben übernehmen, werden  
450 aber viel zu gering oder gar nicht dafür entlastet.

451 Daher fordern wir strikte Konnexität (10) und mehr Eigenmittel von  
452 Land und Bund für die Kommunen, welche kein Selbstzweck sind, son-  
453 dern die Grundlage für eine gute und solide Kommunalpolitik darstel-  
454 len. Hierfür muss das Land NRW gemeinsam mit den Kommunen ein Kon-  
455 zept entwickeln und dies über den Bundesrat durchsetzen.

456 Außerdem wollen wir eine Prüfung, ob eine institutionalisierte Be-  
457 ziehung zwischen Land und Kommunen in einem „Kommunalrat“ möglich  
458 ist. Der Landtag soll deshalb zum Thema deshalb zum Thema Möglich-  
459 keiten der Mitentscheidung und finanzielle Unterstützung der Kommu-  
460 nen eine Enquete-Kommission (11) bilden.

461 Außerdem fordern wir die Kommunen auf, den Klimawandel nicht indi-  
462 rekt durch Investitionen zu fördern. Das Land und der Bund müssen  
463 den Kommunen hierbei finanziell unterstützend zur Seite stehen, da

464 durch einen Verkauf von Unternehmensbeteiligungen oft hohe Verluste  
465 entstehen können, die viele NRW-Kommunen in die Haushaltssicherung  
466 führen würden.

467 Des Weiteren gehört auch die Infrastruktur zur öffentlichen Daseins-  
468 vorsorge in öffentliche Hand. Daher fordern wir, dass die NRW-  
469 Kommunen finanziell unterstützt werden, die ihre privatisierte Inf-  
470 rastruktur zurückkaufen wollen.

471

## 472 **Transparente Kommunen**

473 Kommunalpolitik sollte transparent und verständlich für alle sein.  
474 Dazu gehört das Open-Data-Prinzip, also die freie Verfügbarkeit und  
475 Nutzbarkeit von Daten, die durch öffentliche Stellen generiert wur-  
476 den, z.B. Erhebungen zu Lärmemissionen oder Verträge mit nichtöf-  
477 fentlichen Stellen, natürlich unter Berücksichtigung des Datenschut-  
478 zes. Entwickler\*innen und Initiativen können diese Daten nutzen, um  
479 selbst Angebote für die Einwohner\*innen der Kommune zu machen, etwa  
480 in Form von Apps. Auch ein elektronisches Anliegenmanagement ist  
481 bürger\*innenfreundlich und verbessert Arbeitsprozesse innerhalb der  
482 Verwaltung, sodass Bearbeitungszeiten verkürzt werden können. Betei-  
483 ligungsportale, in denen Bürger\*innen ihre Meinung zu kommunalpoli-  
484 tischen Initiativen und neue Vorschläge öffentlich eintragen und  
485 diskutieren können, machen Kommunalpolitik niederschwellig und er-  
486 möglichen tatsächliche Partizipation an kommunalen Entscheidungen.  
487 Das Land sollte zum einen mit gutem Beispiel vorangehen, aber auch  
488 vorbildhafte Kommunen unterstützen, um diese freiwilligen Angebote  
489 auszuweiten.

490

## 491 **Kultur**

492 Wir wollen die Kultur in NRW sichern, stärken und ausbauen. Kunst  
493 und Kultur halten der Gesellschaft den Spiegel vor und geben Impul-  
494 se. Sie sind damit wichtige Akteure im Kampf für unsere offene Ge-  
495 sellschaft. NRW weist einen überdurchschnittlichen Kommunalisie-  
496 rungsgrad in der Kultur auf. In Zeiten von knappen Kommunen ist das  
497 bedrohlich. Es führt dazu, dass viele Bühnen akut bedroht sind. Das  
498 wollen wir nicht hinnehmen.

499 Das Land muss sich stärker an den Kosten für Kultur beteiligen und  
500 daher seinen Kulturretat erhöhen. Dabei gibt es keinen qualitativen  
501 Unterschied der verschiedenen Kultursparten, egal ob städtisches  
502 Theater, alternative Kulturszene, Opernbühne oder Graffitiwall.

503 Wir lehnen den Begriff "Hochkultur" daher ab. Unser Ziel ist es,  
504 dass alle Sparten miteinander korrespondierend nebeneinander exis-  
505 tieren können. Wir wollen Kultur niedrigschwellig und inklusiv ge-  
506 stalten. Sozial gestaffelte Eintrittspreise sind dafür ein erster,  
507 notwendiger Schritt.

508

509

## 510 **S4 Finanzen**

511

### 512 **Keine schwarze Null um jeden Preis**

513 Die GRÜNE JUGEND NRW steht für eine generationengerechte Politik.  
514 Dazu zählt auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Die bedeutet aller-  
515 dings nicht, dass wir uns für eine strenge Schuldenbremse und damit  
516 gegen jegliche Art von Schulden aussprechen: Gerade in Zeiten von  
517 Wirtschaftskrise oder Naturkatastrophen braucht der Staat flexible  
518 Handlungsmöglichkeiten.

519

### 520 **NRW als Vorreiter\*in der Bekämpfung von Steuerhinterziehung!**

521 Wie nicht erst die Panama Papers und der Ankauf von Steuer-CDs ge-  
522 zeigt haben, ist Steuerhinterziehung auch in NRW ein großes Problem.  
523 Um dem entgegenzuwirken, fordern wir mehr Beamt\*innen zur Steuerprü-  
524 fung. Die vor uns liegenden Herausforderungen und Chancengerechtig-  
525 keit können wir nur bewältigen und erreichen, wenn sich niemand un-  
526 solidarisch herauszieht.

527

### 528 **Kommunale Eigenständigkeit sichern**

529 Wir unterstützen die Städte und Gemeinden in NRW und wollen ihnen  
530 eine realistische Perspektive auf Haushaltssanierung bieten. Soziale  
531 Infrastruktur, wie etwa die Schulsozialarbeit, kommunale Kulturein-  
532 richtungen oder die Sicherung der ÖPNV-Finanzierung dürfen nicht da-  
533 zu führen, dass Kommunen ganz unterschiedlich belastet und langfris-  
534 tig gegeneinander ausgespielt werden. Das Land muss wieder finanzia-  
535 elle Verantwortung für seine Kommunen übernehmen.

536

### 537 **Bundesländer nicht gegeneinander ausspielen**

538 Die Finanzbeziehungen zwischen Ländern und dem Bund bedürfen drin-  
539 gend einer Neuregelung, um sie solidarischer zu gestalten. Ein Aus-  
540 spielen der Bundesländer gegeneinander lehnen wir ab.

541 Für uns ist es essentiell, die Verteilung der Gelder aus dem Solida-  
542 ritätszuschlag nicht länger nach Regionalität zu verteilen, sondern  
543 nach Bedürftigkeit. Es ist ein Hohn, dass einige neue Länder durch  
544 den Soli ausgeglichene Haushalte erzielen, während die Kommunen im  
545 Ruhrgebiet nur gerade eben ihre Zinsen bezahlen können. Unter diesem  
546 Aspekt wollen wir den Soli vollständig für die Altschuldentilgung  
547 der Kommunen verwenden und eine vollständige Beachtung der kommunal-  
548 en Haushalte in die Bund- und Länderfinanzbeziehungen. Hierfür muss  
549 sich NRW in den Verhandlungen der Finanzminister\*innen einsetzen.



# B - Mit guter Bildung und Ausbildung in die Zukunft

550  
551  
552  
553  
554  
555  
556  
557  
558  
559  
560  
561  
562  
563  
564  
565  
566

In den letzten 6 Jahren hat NRW viele kleine Schritte in Richtung einer guten Bildungspolitik gemacht. So hat sich beispielsweise mit der Abschaffung der Studiengebühren oder der Einführung der Inklusion viel getan. Uns reichen jedoch viele kleine Schritte in der Bildungspolitik nicht aus. Als GRÜNE JUGEND NRW streiten wir für einen Paradigmenwechsel im Bildungswesen. Noten, Formalitäten und den Mehrwert für die Wirtschaft wollen wir nicht länger in den Fokus setzen. Für uns sind die Bedürfnisse der Lernenden entscheidend. Deswegen wollen wir die Bildung qualitativ aufwerten und sie modernisieren, den Druck rausnehmen und Schulen und Hochschulen endlich solidarisch gestalten. Die tiefe soziale Spaltung nach Schulformen zeigt: Es ist Zeit für eine progressive Bildungspolitik. Und die werden wir uns in den kommenden Jahren erkämpfen!

## B1 Schule

567  
568  
569

### **Eine Schule für alle**

In einem gerechten Schulsystem haben alle Kinder unabhängig von Herkunft, Geldbeutel der Eltern und Geschlecht das gleiche Recht auf die beste Bildung. Dieses Recht wird nur in einer Schule für alle Kinder Realität. Bildung muss mehr sein als nur Zuhören, Lesen, auswendig Lernen und Noten bekommen! Schüler\*innen müssen miteinander lernen und dabei individuell gefördert werden. Mehr pädagogische Aufgaben für die Schulen müssen aber auch mehr Lehrpersonal sowie Schulpsycholog\*innen, Sonder- und Sozialpädagog\*innen mit sich bringen. Zudem erkennt die Grüne Jugend NRW an, dass Bildung auch außerhalb von Schulen stattfindet. Daher müssen auch Sportvereine, Musikschulen, Jugend und Kulturzentren sowie Museen besser in den Schulalltag eingebunden und finanziell unterstützt werden, sodass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft ihre Interessen austesten und ihre Talente entdecken können. Während in Städten ein breites Angebot an außerschulischen Bildungsangeboten existiert, gibt es im ländlichen Raum oft nur wenige oder nur sehr einseitige Angebote. Daher wollen wir uns für die Förderung von außerschulischen Bildungsstätten einsetzen. Das Bildungssystem ist höchst ungerecht und sozioökonomisch selektiv: Bereits in frühen Schuljahren wird über die weitere Zukunft der Schüler\*innen entschieden. Wir fordern die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Einführung einer Schule für alle. Hierbei ist es uns aber wichtig, flächendeckend vom Staat getragene Gemeinschaftsschulen zu schaffen, die breit gefächerte Schwerpunkt-



595 setzungen und unterschiedliche pädagogische Modelle zulassen. Denn  
596 jedes Kind lernt anders!

597 In dieser neuen Schule sollen alle Kinder bis zum Ende der Pflicht-  
598 zeit, in der Regel bis zur Jahrgangsstufe 10, gemeinsam lernen. Die-  
599 ses Ziel wird kurzfristig durch eine flächendeckende Ausweitung der  
600 Gesamtschulen in NRW erreicht. Die jetzige Trennung in verschiedene  
601 Schulformen lehnen wir aber langfristig ab.

602 Außerdem fordern wir die umfassende Demokratisierung des Bildungs-  
603 systems. Lehrer\*innen, Eltern und Schüler\*innen müssen in allen Schul-  
604 gremien gleich stark - im Sinne einer konsequenten Drittelparität -  
605 vertreten sein. Zudem fordern wir die konsequente Abschaffung von  
606 Disziplinarkonferenzen von Schulen: Schüler\*innen dürfen nicht durch  
607 Repressalien eine pädagogische Betreuung erfahren, sondern durch ei-  
608 ne progressive Form von Pädagogik.

609 Vor allem wollen wir aber die eigene Entscheidung von Schüler\*innen  
610 stärken. Deswegen streiten wir für ein Abschulungsverbot in NRW. Wir  
611 wollen, dass Erziehende und Schüler\*innen - solange es noch ein  
612 mehrgliedriges Schulsystem gibt - auch nach dem Wechsel von der  
613 Grund- auf die weiterführende Schule selbst die Schulform wählen  
614 können. Mit der bisherigen Praxis der Abschulung herrscht Zwang, so  
615 kann beispielsweise ein Kind von der Realschule auf die Hauptschule  
616 herabgestuft werden. Dies ist pädagogisch nicht sinnvoll.

617

### 618 **Leistungsdruck reduzieren: Noten abschaffen**

619 Noten haben sich im Schulalltag als kontraproduktiv erwiesen. Das  
620 Ziel der Schüler\*innen ist es geworden, möglichst gute Noten zu er-  
621 reichen und nicht, sich den vorhandenen Lernstoff tatsächlich anzu-  
622 eignen. Dies führt zu einem reinen "Notenlernen" und dem Vergessen  
623 des Stoffes. Der Druck, immer bessere Noten zu erreichen, führt zu  
624 Stress und Unkonzentriertheit. Wir fordern daher die Abschaffung al-  
625 ler Notensysteme und die Einführung eines alternativen Bewertungs-  
626 systems.

627

### 628 **Inklusion leben**

629 Menschen mit Behinderungen werden oft stigmatisiert und nicht als  
630 gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen. Die Inklusion  
631 von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in den Regelschulbe-  
632 trieb baut Berührungsängste und Vorurteile von Kindesalter an ab.  
633 Dennoch stößt dieses Vorhaben noch immer auf Widerstände.

634 Wir als GRÜNE JUGEND NRW lehnen die immer noch existente Forderung  
635 zur Isolation von Kindern mit Behinderung auf Förderschulen ab.  
636 Vielmehr müssen endlich die notwendigen Mittel bereitgestellt wer-  
637 den, damit es genügend geschulte Lehrer\*innen und Betreuer\*innen in  
638 den Regelschulen gibt, die den Kindern und Jugendlichen mit Behinde-  
639 rung zur Seite stehen und gegebenenfalls verschiedene Anforderungs-  
640 bereiche innerhalb einer Klasse vermitteln können.

## 641 **Gleichstellungsbeauftragte an Schulen**

642 Schulen sind nach wie vor kein geschlechtergerechter Raum. Wir wol-  
643 len die Benachteiligung von Geschlechtern aufbrechen – und das auch  
644 in den Schulen. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass  
645 Gleichstellungsbeauftragte in den Schulen NRWs eingeführt werden.

646

## 647 **Gendersensible Bildung für alle von Anfang an!**

648 Wir wollen ein Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen för-  
649 dert und ihre individuellen Stärken zu Tage bringt, statt ihnen  
650 durch rückständige Geschlechterstereotype wie „Mädchen sind schlech-  
651 ter in Mathe“ oder „Jungen können keine Fremdsprachen erlernen“  
652 Stärken oder Schwächen einzureden. Geschlechtergerechtigkeit ist ein  
653 erklärtes Grundziel der GRÜNEN JUGEND NRW; deswegen wollen wir Kin-  
654 der und Jugendliche von Anfang an ermutigen, sie selbst zu sein –  
655 losgelöst von geschlechterbedingten Rollenbildern. Mädchen, die tra-  
656 ditionell in vielen Unterrichtsräumen geringere Redeanteile an den  
657 Tag legen, weil ihnen von der Gesellschaft mehr Zurückhaltung aner-  
658 zogen wird, wollen wir in der Schule zu mehr Beteiligung ermutigen  
659 und gerade in den MINT-Fächern (12) mehr Teilhabe ermöglichen. Jun-  
660 gen wollen wir dabei unterstützen, Kenntnisse zu erwerben, die tra-  
661 ditionell eher weiblich besetzt sind, das ist beispielsweise bei  
662 sprachlichen oder künstlerischen Fächern der Fall. Viele Jungen  
663 schrecken vor der Teilhabe an solchen Fächern zurück, aus Angst  
664 nicht ernst genommen zu werden. In beiden Fällen geht leider viel  
665 menschliches Potenzial in den jeweiligen Fächern verloren. Durch die  
666 Förderung individueller Interessen und Fähigkeiten anstelle von ge-  
667 geschlechtsspezifischer Selektion können wir sexistische Denkweisen,  
668 die im späteren Erwachsenenleben die Grundlage für viele Diskrimi-  
669 nierungen bilden, abschwächen. Deswegen müssen Lehrkräfte für diese  
670 Problematik in ihrer Ausbildung und in Fortbildungen sensibilisiert  
671 und verwendete Lehrmaterialien sexismusfrei werden.

672

## 673 **Beschulung von Geflüchteten in Regelschulen**

674 Die Inklusion von geflüchteten Kindern kann nur gelingen, wenn sie  
675 von Anfang an in Regelschulen individuell gefördert werden und zu-  
676 sätzlichen Deutschunterricht erhalten, statt abseits der anderen  
677 Schüler\*innen beschult zu werden. Dafür muss das Land die notwendi-  
678 gen Mittel bereitstellen. Leider kommt es nämlich immer noch der  
679 vor, dass die Beschulung in Asylbewerber\*innenunterkünften oder in  
680 gesonderten Klassen stattfindet  
681 Wir begrüßen, dass bereits rund 3000 Lehrer\*innenstellen in NRW ge-  
682 schaffen wurden.

683

## 684 **Digitale Schule**

685 Deutschland hat in der Digitalisierung des Bildungswesens versagt.  
686 In der ICILS-Studie, die das Computerwissen von Schüler\*innen unter-

687 sucht, belegt Deutschland von 19 untersuchten Ländern den letzten  
688 Platz. Länder wie Schweden sind diesem Bereich deutlich fortge-  
689 schrittener, dort ist etwa der Einsatz von Computern in fast jeder  
690 Unterrichtsstunde normal. Nach diesem Vorbild muss auch NRW die Di-  
691 gitalisierung des Bildungssystems einleiten.

692 Wir fordern ein Investitionsprogramm des Landes für eine bessere  
693 Ausstattung der Schulen mit Computern und IT-Systemen.

694 Um das digitale Potential voll ausnutzen zu können, brauchen Leh-  
695 rer\*innen Fortbildungen. Darüber hinaus brauchen wir ein Konzept zur  
696 Förderung von FIT\*-Personen (13) für IT-Berufe. Individuelle Förde-  
697 rungen wie "Jugend hackt" und andere Konzepte, die zum Beispiel die  
698 Frauenförderung in diesem Bereich stärken, begrüßen wir explizit.

699

## 700 **Vielfältiger Unterricht an der Schule!**

701 Für uns ist es wichtig, Lernen wieder stärker als Selbstzweck zu be-  
702 trachten und Bildung nicht nur an ihrem Mehrwert für die Wirtschaft  
703 zu orientieren. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Schü-  
704 ler\*innen durch Schulkooperationen die Möglichkeit gegeben wird,  
705 möglichst viele Fächer zu belegen. Außerdem wollen wir das Angebot  
706 um praxisnahe Fächer ausweiten. Schüler\*innen sollen die Möglichkeit  
707 haben, mit anwendbaren Alltagskenntnissen aus der Schule zu gehen.  
708 Wir fordern deswegen ein Fach einzuführen, in dem Allgemeinwissen  
709 zum Umgang mit Ernährung, Steuern usw. gelehrt wird. Außerdem wollen  
710 wir in allen Jahrgängen politische Bildung als Unterricht mit einem  
711 durchdachten pädagogischen Konzept anbieten. Darin soll besonders  
712 auf die politischen Partizipationsmöglichkeiten abseits von Wahlen  
713 für Jugendliche eingegangen werden, statt nur theoretisches System-  
714 wissen zu vermitteln.

715

## 716 **Stressfrei und mit Ganzttag durch die Schulzeit**

717 "Die Schule beginnt zu früh." Das ist nicht nur das subjektive Ge-  
718 fühl vieler Schüler\*innen, sondern auch durch wissenschaftliche Stu-  
719 dien belegt. So wurde nachgewiesen, dass ein späterer Schulbeginn  
720 sich positiv auf die Lernergebnisse auswirkt. Deshalb fordern wir  
721 einen landesweit vorgeschriebenen späteren Schulbeginn und eine  
722 Schulkerzeit von 10 bis 16 Uhr.

723

## 724 **Konsequenter Ganzttag schaffen**

725 Wir wollen Schulen zu einem Ort ausgestalten, der nicht nur ein Ort  
726 des Lernens, sondern auch des Lebens ist. Eine Schule, die einseitig  
727 auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse setzt, lehnen wir ab.  
728 Schüler\*innen sollten die Gelegenheit haben sich nicht nur theore-  
729 tisch zu bilden, sondern ebenfalls Zugang zu praxisorientierten An-  
730 geboten haben. Deswegen wollen wir die verpflichtende Kernzeit der  
731 Schule in einen konsequenten Ganzttag einbetten. Im Rahmen dieses  
732 Ganztages soll es eine pädagogische Betreuung und Sport- und Kultur-  
733 angebote für alle Schüler\*innen geben.

734 Damit erhalten Schüler\*innen unabhängig von ihrem Elternhaus die  
735 Möglichkeit, sich individuell zu entfalten, z.B. indem sie Instru-  
736 mente erlernen, sich sportlich betätigen, handwerklich oder kreativ-  
737 künstlerisch tätig werden. Dabei soll Schüler\*innen auch die Mög-  
738 lichkeit gegeben werden, eigene Angebote zu schaffen statt sich an  
739 starren Auswahlvorgaben zu orientieren.

740 Darüber hinaus soll es aber auch die Möglichkeit geben, eine Ganz-  
741 tag-Betreuung außerhalb der Kernzeit wahrzunehmen. Alle Schulen in  
742 NRW sollen eine freiwillige Ganztagsbetreuung von 7-20 Uhr anbieten  
743 und so Betreuungsangebote für Erziehende schaffen.

744 Im Rahmen dessen wollen wir Schüler\*innen eine gute Ernährung zur  
745 Verfügung stellen. Deswegen sollen alle Schulen in NRW ein solida-  
746 risch bezahlbares Bio-Mittagessen anbieten. Hierbei müssen verschie-  
747 dene Ernährungswünsche wie vegetarisch, vegan, koscher oder halal  
748 berücksichtigt werden.

749

### 750 **Mehr Wahlfreiheit statt strikte Lehrpläne**

751 Um sicherzustellen, dass alle Schüler\*innen eine umfassende Allge-  
752 meinbildung erhalten, sollte es weiterhin erst in der Oberstufe mög-  
753 lich sein, Fächer hinzu- oder abzuwählen. Zu früherem Zeitpunkt kann  
754 die Wahlfreiheit dadurch erweitert werden, dass mehr Wahlpflichtfä-  
755 cher angeboten werden. Darüber hinaus kann es beispielsweise auch  
756 Vertiefungsmöglichkeiten für die Kernfächer geben, um eine Schwer-  
757 punktsetzung zu ermöglichen. Kleine Schulen sehen sich sonst mit dem  
758 Problem konfrontiert, nicht alle Fächer für jede Jahrgangsstufe an-  
759 bieten zu können.

760

### 761 **Freistellung für außerschulische Aktivitäten**

762 Viele Schüler\*innen gehen Aktivitäten außerhalb der Schule nach,  
763 beispielsweise einem Ehrenamt. Dafür sollen sie auf Wunsch von den  
764 Nachmittagsangeboten im Ganztage befreit werden können.

765

### 766 **Schulfrei für die Bundeswehr**

767 Bis heute werden immer wieder sogenannte Jugendoffiziere an Schulen  
768 eingeladen, um über die Arbeit der Bundeswehr zu berichten und hier-  
769 bei auch ganz gezielt Werbung für eine Karriere bei der Bundeswehr  
770 zu machen. In vielen Bundesländern gibt es einen Kooperationsvertrag  
771 zwischen Bundeswehr und Landesregierung, darunter auch in Ländern  
772 mit Regierungsbeteiligung der Grünen wie Hessen oder Baden-  
773 Württemberg. Aber auch in NRW ist es Schulen teils möglich Vertre-  
774 ter\*innen der Bundeswehr einzuladen. Diese Art der Kriegswerbung  
775 muss verboten werden.

776

### 777 **Schule in tatsächlicher Freiheit**

778 In den meisten Städten gibt es ein breites Angebot öffentlicher  
779 Schulen, die vielen Kindern und Jugendlichen Zugang zu Bildung er-  
780 möglichen. Auf der anderen Seite gibt es auch viele Privatschulen in

781 nichtstaatlicher Trägerschaft, die Zugang primär für die Kinder bie-  
782 ten, deren Eltern bereit und in der Lage sind, für ein Schulgeld  
783 aufzukommen. Die GRÜNE JUGEND NRW steht privatrechtlicher Organisa-  
784 tion von Schulen skeptisch gegenüber und setzt sich dafür ein, dass  
785 Schulen in solcher Trägerschaft nicht in den Genuss staatlicher För-  
786 derung kommen. Es ist die Aufgabe des Landes, die Finanzierung öf-  
787 fentlicher Schulen sicherzustellen, von denen alle Kinder und Ju-  
788 gendlichen profitieren können. Die Finanzierung von Schulen, die nur  
789 wenige Eltern für ihre Kinder bezahlen können, verstärkt eine be-  
790 reits bestehende sozioökonomische Selektion im Bildungsbereich, die  
791 wir bekämpfen wollen. Die häufig vorgeschobene Stipendienvergabe für  
792 private Schulen ist dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein und  
793 ändert kaum etwas an der sozioökonomischen Selektion. Die Förderung  
794 von nichtstaatlichen Schulen wäre aufgrund des vielerorts eklatanten  
795 Sanierungsstaus und schlechter Betreuungsverhältnisse an staatlichen  
796 Schulen eine falsche Prioritätensetzung  
797 Wir sehen aber, dass viele Schulkonzepte in die privatrechtliche  
798 Trägerschaft gedrängt werden, weil sie nicht vollständig staatlich  
799 gefördert werden. Die Ansätze von alternativen Lehrmethoden, kleine-  
800 ren Klassen und individueller Förderung jedes einzelnen Kindes soll-  
801 te auch in staatlichen Schulen eingeführt werden. Diese pädagogi-  
802 schen Ansätze sollen allen Schüler\*innen zugänglich gemacht werden.  
803 Schulen in freier Trägerschaft werden so überflüssig. Wir wollen sie  
804 daher perspektivisch abschaffen.

805

## 806 **Schulsozialarbeit an allen Schulen**

807 Für uns ist klar: Die Mehraufgaben der Schule können nicht allein  
808 durch Lehrer\*innen geleistet werden. Wir fordern zur Umsetzung unse-  
809 rer schulpolitischen Ziele für jede Schule mindestens eine Landes-  
810 stelle für Schulsozialarbeit. Diese ist neben der Einzelfallberatung  
811 auch für die Organisation von Projekten und die außenunterrichtliche  
812 Bildung (mit-)verantwortlich. Die Kommunen dürfen mit den Kosten  
813 nicht alleine gelassen werden und daher fordern wir als Ergänzung zu  
814 kommunalen Stellen ein Landesprogramm Schulsozialarbeit mit dem Ziel  
815 an jeder Schule eine\*n Schulsozialarbeiter\*in zu beschäftigen. Dies  
816 hilft sowohl den Schüler\*innen, als auch den Lehrer\*innen und El-  
817 tern.

## 818 **B2 Hochschule**

819

### 820 **Bunte Wissenschaft statt ökonomisierter Einheitsbrei**

821 Die mangelhafte Finanzierung der Universitäten und Hochschulen hat  
822 zur Folge, dass sich diese immer mehr in Abhängigkeit von Unterneh-  
823 men und wirtschaftlichen Interessen bringen. Dadurch gerät die Unab-  
824 hängigkeit und Vielfalt der Forschung in Gefahr. Denn für Universi-  
825 täten kann es nun plötzlich wirtschaftlich sinnvoll sein, auf das  
826 Lehren und Forschen in Bereichen zu verzichten, für die es keine di-  
827 rekten wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten gibt. Dies betrifft

828 keinesfalls nur die Geisteswissenschaften, auch theoretische For-  
829 schungsschwerpunkte in den sogenannten MINT-Fächern sind dadurch be-  
830 droht. Gleichzeitig wissen wir, dass die Forschungslandschaft NRWs  
831 durch Drittmittel auch aus der freien Wirtschaft belebt werden kann.  
832 Um trotzdem die Unabhängigkeit der Hochschulen von der Wirtschaft zu  
833 sichern fordern wir neben dem Ausbau der Grundfinanzierung des Lan-  
834 des eine Transparenzregelung zum Umgang mit Drittmitteln, die Hoch-  
835 schulen schützt.

836 Eine einseitige Elitenförderung, wie sie beispielsweise durch die  
837 Exzellenzinitiative des Bundes erfolgt, die ausgewählte Universitä-  
838 ten fördert, lehnen wir auf Landesebene ab.

839

### 840 **Mitbestimmung – jetzt aber wirklich!**

841 Das Hochschulzukunftsgesetz der Landesregierung hat die Mitbestim-  
842 mungsregeln an den Hochschulen stark verändert. Zufrieden können wir  
843 damit aber noch nicht sein. So sieht das Gesetz zwar eine Viertelpa-  
844 rität in den Entscheidungsgremien der Hochschule vor, aber gleich-  
845 zeitig so viele Ausnahmen, dass die Viertelparität in NRW nur in ei-  
846 nigen wenigen Hochschulen eingeführt wurde. Diese muss in Zukunft  
847 konsequent durchgesetzt werden, auch mit einer weiteren Gesetzesän-  
848 derung. Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und Mitar-  
849 beiter\*innen aus Technik und Verwaltung haben – genau wie die Pro-  
850 fessor\*innen – ein Interesse daran, die Hochschulen weiterzuentwi-  
851 ckeln und dürfen nicht weiter ignoriert werden.

852 Zu einer echten Mitbestimmung an Hochschulen gehört für uns auch,  
853 dass die Entscheidungen von demokratisch legitimierten Gremien ge-  
854 troffen werden und nicht von demokratisch nicht legitimierten Hoch-  
855 schulräten. Wir wollen daher Entscheidungskompetenzen vom Hochschul-  
856 rat zum Senat verlagern, der das höchste Gremium der akademischen  
857 Selbstverwaltung darstellt. Die Hochschulräte sollen zu reinen Auf-  
858 sichtsgremien umgebaut werden.

859

### 860 **Schluss mit prekärer Arbeit**

861 An der Hochschule zu arbeiten, ist für viele Menschen immer noch ein  
862 Risiko, denn die Projektgebundenheit vieler Mittel und die Angst der  
863 Verantwortlichen an den Universitäten vor einem Finanzierungsrück-  
864 gang sorgt dafür, dass Menschen im wissenschaftlichen und nichtwis-  
865 senschaftlichen Bereich in der Regel befristet eingestellt werden.  
866 Dies darf nicht der Regelfall bleiben und muss unbedingt geändert  
867 werden. Menschen mit sogenannten Lehraufträgen an den Hochschulen  
868 haben noch prekärere Arbeitsbedingungen: Sie sind häufig schlecht  
869 bezahlt, haben weder Arbeitslosen- noch Rentenversicherung, Lohn-  
870 fortzahlung im Krankheitsfall noch Urlaubsanspruch. Die Möglichkeit,  
871 Lehraufträge zu verdienen, sollte ursprünglich dazu genutzt werden,  
872 dass Professor\*innen oder andere gutverdienende für die Lehre inte-  
873 ressante Menschen auch außerhalb ihres eigenen Arbeitsbereichs tätig  
874 werden können. De facto werden die Lehraufträge aber dafür genutzt,  
875 Menschen in prekärer Beschäftigung wichtige Lehrtätigkeiten überneh-



876 men zu lassen. Statt unverbindlicher Leitlinien oder Vereinbarungen  
877 für gute Arbeit braucht NRW endlich einen Wissenschaftstarifvertrag,  
878 in den auch studentische Hilfskräfte miteinbezogen werden.

879

## 880 **Studienbedingungen**

881 Die Umstellung auf das Bachelor-Master-System im Zuge der Bologna-  
882 Reformen sollte einen schnelleren Zugang für Studierende zum Ar-  
883 beitsmarkt und internationale Vergleichbarkeit herstellen. Heute  
884 müssen wir sagen, dass all unsere Kritik an dem System bei dessen  
885 Einführung berechtigt war und die Bologna-Reform umfassend geschei-  
886 tert ist. Der Umbau des Studiums nach den Wünschen der Wirtschaft  
887 hat zu einer Verschulung des Studiums geführt, sodass Studierende  
888 häufig kaum noch befähigt werden wissenschaftlich zu arbeiten, aber  
889 auch der direkte Einstieg ins Berufsleben mit einem Bachelor häufig  
890 nicht möglich ist - gerade im öffentlichen Dienst. Der Master ist  
891 somit zum faktischen Regelstudienabschluss geworden, ohne dass dafür  
892 genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Wir fordern die umfas-  
893 sende Entschleunigung der Studiengänge, einen breiteren Fokus in den  
894 Studiengängen weg von der wirtschaftlichen Verwertbarkeit und hin zu  
895 einer allumfassenden wissenschaftlichen Bildung. Darüber hinaus muss  
896 sichergestellt werden, dass jede\*r Bachelor-Absolvent\*in auf Wunsch  
897 sein\*ihr Studium im Master fortsetzen kann. Dafür muss es einen  
898 Rechtsanspruch geben.

899

## 900 **Bildungsgerechtigkeit ernst nehmen**

901 Das deutsche Bildungssystem ist selektiv wie kaum ein anderes auf  
902 der Welt und setzt sich an den Hochschulen weiter fort. Wir fordern,  
903 die Barrieren zum Hochschulzugang ein für alle Mal einzureißen.  
904 Durch Numeri Clausi und Studiengebühren werden gerade Abitu-  
905 rient\*innen aus einkommensschwachen Haushalten und Bildungsaufstei-  
906 ger\*innen vom Studieren abgehalten. Damit muss Schluss sein. Wir  
907 wollen, dass alle Studiengebühren restlos abgeschafft werden, auch  
908 solche für Langzeitstudierende. Bildung ist und bleibt keine Ware  
909 und die Hochschule ist kein Supermarkt.

910 Numeri Clausi als Instrument der Studienplatzvergabe lehnen wir ab.  
911 Stattdessen wollen wir die Notwendigkeit einer Begrenzung von Stu-  
912 dienplätzen durch einen Ausbau von Studienplätzen obsolet machen.

913 Einen weiteren wichtigen Pfeiler der Bildungsgerechtigkeit sehen wir  
914 in der Voraussetzung, das eigene Studium finanzieren zu können. Die  
915 GRÜNE JUGEND NRW wird sich auch in Zukunft für ein gerechtes Bafög  
916 einsetzen, dass alle Studierenden unabhängig von Alter, Leistung o-  
917 der Semesterzahl die Möglichkeit gibt, ihr Studium grundlegend zu  
918 finanzieren.

919

## 920 **Verantwortung übernehmen und ethisch handeln**

921 Hochschulen bieten mit ihrer Forschung die Grundlage für viele Dinge  
922 unseres alltäglichen Lebens - gerade im Fachbereich Medizin, aber  
923 auch in anderen Disziplinen wird zur Gewinnung von Erkenntnissen auf

924 Tierversuche zurückgegriffen. Wir lehnen Tierversuche ab und fordern  
925 deshalb, Projekte zur Alternativforschung zu fördern. Langfristig  
926 sollen dadurch Tierversuch überflüssig gemacht und abgeschafft wer-  
927 den.

928 Des Weiteren fordern wir eine echte Zivilklausel. Universitäten  
929 sollten mit ihrer Forschung nicht dazu beitragen, das Töten von Men-  
930 schen in Kriegsgebieten weiter zu technologisieren und industriali-  
931 sieren. Ethikräte, die zum Teil vom Landtag und zum Teil aus den  
932 Universitäten benannt werden, sollten über Forschungsprojekte zu so-  
933 genannten Dual-Use-Gütern (14) befinden.

934

### 935 **Hochschulen für Geflüchtete öffnen**

936 Die Willkommenskultur sollte auch an den Hochschulen gelebt werden!  
937 Deshalb müssen alle nötigen Schritte unternommen werden, um Geflüch-  
938 teten den Hochschulzugang zu ermöglichen. Dazu gehören u.a. die  
939 großzügige Anerkennung von bisherigen Studienleistungen und kosten-  
940 lose Kurse zur Vorbereitung auf die DSH-Sprachprüfung (15).

941 Erst durch den Zugang zu Bildung wird Geflüchteten die Möglichkeit  
942 gegeben, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu  
943 können. Hochschulen sind ein geeigneter Ort, an dem Geflüchtete ihre  
944 Ideen einbringen können, während gleichzeitig deutsche Studierende  
945 davon profitieren.

946

## 947 **B3 Ausbildung**

948

### 949 **Berufsausbildungen stärken**

950 Die Berufsausbildung ist ein fester Bestandteil der Wirtschaft, wird  
951 also von dieser selbst gesteuert und unterliegt nur geringer staat-  
952 licher Kontrolle. Obwohl die zuständigen Kammern auch einen Bil-  
953 dungsauftrag haben, wird dieser oft vernachlässigt. Stattdessen ste-  
954 hen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund. Die GRÜNE JUGEND NRW  
955 fordert deswegen eine stärkere staatliche Kontrolle der Kammern im  
956 Bereich der Berufsausbildung. Dabei muss klar sein, dass Bildungsin-  
957 teressen vor wirtschaftlichen Interessen stehen müssen.

958

### 959 **Kein Abschluss ohne Anschluss!**

960 Jugendliche unter 18 Jahre, die die Schule ohne eine weiterführende  
961 Ausbildung verlassen, sind laut Gesetz verpflichtet, das Berufs-  
962 grundschuljahr (BGJ) oder das Berufsorientierungsjahr (BOJ) zu besu-  
963 chen. In diesen schulischen Angeboten werden junge Menschen in ihrer  
964 Berufswahl und im Bewerbungsverfahren unterstützt.

965 Diese Bildungsgänge haben sich in der Vergangenheit bewährt. Aller-  
966 dings verlassen die meisten Schüler\*innen diese Bildungsgänge ohne  
967 weiterführende Qualifikationen, die auf dem Arbeitsmarkt anerkannt  
968 werden. Deshalb muss dieses Angebot verbessert und auf den\*die je-  
969 weilige\*n Bewerber\*in ausgerichtet werden. Dazu fordert die GRÜNE



970 JUGEND NRW das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ weiter  
971 voranzutreiben.

972

## 973 **B4 KiTa & frühkindliche Bildung**

974

### 975 **Gute Kita-Plätze für alle!**

976 Zu einer guten Bildung von Anfang an gehören für uns selbstverständ-  
977 lich auch die Kindertageseinrichtungen. Um dem Rechtsanspruch auf  
978 einen KiTa-Platz gerecht zu werden und jedem Kind den Besuch einer  
979 KiTa zu ermöglichen, ist für uns eine weitere Ausbauoffensive not-  
980 wendig. Allein ein quantitativer Ausbau von Plätzen ist nicht aus-  
981 reichend, vielmehr muss zeitgleich ein qualitativer Ausbau stattfin-  
982 den. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür ist eine Verbesserung des Be-  
983 treuungsverhältnisses durch geringere Gruppengrößen sowie eine ver-  
984 stärkte Sprach- und Sozialförderung in den Kindertagesstätten. Dies  
985 ist nur mit einem deutlichen Personalausbau möglich.

986 Die momentane Regelung der KiTa-Förderung, bei der KiTas in kirchli-  
987 cher Trägerschaft durch das Land stärker unterstützt werden als sol-  
988 che, die durch öffentliche Jugendhilfen getragen werden, möchten wir  
989 überarbeiten. Im Sinne einer konsequenten Trennung von Kirche und  
990 Staat sowie angesichts des immer größer werdenden Anteils nicht-  
991 religiöser Kinder und Kinder anderer Glaubensrichtungen als des  
992 Christentums halten wir diese Prioritätensetzung für falsch. Um Bil-  
993 dung von Anfang an kostenfrei zu gestalten, sollen Kindertagesein-  
994 richtungen zukünftig vollständig aus Steuergeldern bezahlt werden.

995

### 996 **Bessere Vereinbarkeit jetzt!**

997 Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht noch viel Nach-  
998 holbedarf. Gerade Frauen\* (16) leiden oftmals unter einer Doppelbe-  
999 lastung durch Kinder und Arbeit. Damit Eltern ihre Kinder auch wäh-  
1000 rend ihrer Arbeitspausen sehen können und um Wege zu verkürzen, set-  
1001 zen wir uns dafür ein, dass KiTas in allen öffentlichen Einrichtungen  
1002 des Landes geschaffen werden. Wie bei allen anderen KiTa-  
1003 Ausbauprojekten, müssen auch hier die Arbeitsrealitäten der Eltern  
1004 akzeptiert werden. Daher fordern wir für alle Angebote eine Auswei-  
1005 tung der Randzeiten des Betreuungsangebotes.

1006 Aber auch für Schichtdienstarbeitende müssen flächendeckende, zuver-  
1007 lässige Betreuungs- und KiTa-Angebote geschaffen werden, deshalb  
1008 fordern wir ein Förderprogramm zum Ausbau eines bedarfsgerechten 24-  
1009 Stunden-Angebotes.

1010

### 1011 **Gesunde Ernährung von Anfang an!**

1012 Natürliche Lebensmittel und gutes Essen sollten Menschen von Kindes-  
1013 beinen an begleiten. Dafür braucht es bereits in der Kita eine voll-  
1014 wertige Ernährung mit kostenfreien und gemeinsamen Mahlzeiten. Kin-  
1015 der können so bereits ans Kochen und die Bedeutung gesunder Ernäh-  
1016 rung herangeführt werden.

## G - Gesellschaft für alle

1017

1018

1019 Viele Menschen in unserer Gesellschaft erfahren Benachteiligung und  
1020 Ausgrenzung und das aus verschiedenen Gründen: Entweder, weil sie  
1021 nicht männlich, heterosexuell, able-bodied (17) und cis (18) sind  
1022 und damit weniger Privilegien haben oder weil sie auf andere Art  
1023 "fremd" wirken, beispielsweise, weil sie nicht in Deutschland gebo-  
1024 ren worden oder nicht weiß sind. Wir aber wollen eine Gesellschaft,  
1025 die für alle da ist - keine Sonderrechte aufgrund von Nationalität,  
1026 Herkunft, geschlechtlicher oder sexueller Identität! Dabei bleibt  
1027 auch die Gleichberechtigung aller Geschlechter eines unserer erklär-  
1028 ten gesellschaftspolitischen Grundziele. Wir setzen uns daher für  
1029 mehr Antidiskriminierungsarbeit, Aktionspläne der Vielfalt und Chan-  
1030 cengleichheit ein!

1031 Für uns ist außerdem klar: Trotz der immer weiteren Aushöhlung des  
1032 Asylrechts seit den neunziger Jahren - in den letzten Jahren auch  
1033 vermehrt mit grüner Unterstützung - bleibt das Asylrecht für uns ein  
1034 Grundrecht! Wir stellen uns entschieden jedem Versuch entgegen, das  
1035 Asylrecht weiter zu verschärfen und setzen uns dafür ein, die bishe-  
1036 rigen Verschärfungen rückgängig zu machen!

1037

## 1038 G1 Geflüchtete, Migration, Integrati- 1039 on

1040

### 1041 **Gegen sichere Herkunftsstaaten**

1042 Insbesondere das Instrument der angeblich sicheren Herkunftsstaaten  
1043 wird oft zu einer Verschärfung des Asylrechts bemüht. Diese angeb-  
1044 lich sicheren Herkunftsstaaten sind eine Farce, die die Verfolgung  
1045 und Diskriminierung von Minderheiten, etwa von Roma oder Homosexuel-  
1046 len, in diesen Ländern unsichtbar macht und leugnet. Jeder Asylan-  
1047 trag, egal ob der\*die Antragsstellende aus Marokko, dem Kosovo oder  
1048 Syrien stammt, muss geprüft werden, ohne dass bereits durch die  
1049 Klassifizierung des Herkunftslands als sicher eine Vorentscheidung  
1050 getroffen wird. Das Instrument der sicheren Herkunftsländer gehört  
1051 für uns daher restlos abgeschafft! NRW darf im Bundesrat keiner wei-  
1052 teren Ausweitung der sicheren Herkunftsländer zustimmen.

1053

### 1054 **Für eine menschenwürdige Unterkunft und Schutzräume!**

1055 Geflüchtete, die in NRW ankommen, müssen oft zunächst unwürdige Zu-  
1056 stände ertragen und werden in Notunterkünften, wie etwa Turnhallen,  
1057 untergebracht. Zukünftig sollen Geflüchtete höchstens in der Zeit  
1058 direkt nach ihrer Ankunft in Sammelunterkünften untergebracht wer-  
1059 den, bevor sie nach dem Leverkusener Modell schnellstmöglich dezent-  
1060 ral unterkommen. Sowohl bei der Unterkunft in Sammelunterkünften als  
1061 auch bei einer dezentralen Unterbringung muss die besondere Schutz-

1062 bedürftigkeit von Frauen und LGBTIQ\*-Personen (19) anerkannt und für  
1063 diese Schutzräume geschaffen werden. Diese Schutzbedürftigen müssen  
1064 darüber hinaus bei der dezentralen Unterbringung bevorzugt werden.  
1065 Zur besseren Unterstützung der oft traumatisierten Geflüchteten wer-  
1066 den sowohl Sozialarbeiter\*innen, als auch Psycholog\*innen benötigt.  
1067 Diese müssen in ausreichender Zahl dort eingesetzt werden, wo sie  
1068 benötigt werden - sei es in Unterkünften, Begegnungsstätten oder  
1069 Schulen.

1070

### 1071 **Wahre Integration für Geflüchtete von Anfang an!**

1072 Damit die Geflüchteten ankommen und Kontakte knüpfen können, müssen  
1073 vielfältige Angebote geschaffen werden. Essentiell dabei ist es, den  
1074 Geflüchteten möglichst schnell kostenfreien Zugang zu Sprachkursen  
1075 zu ermöglichen. Das allein ist selbstverständlich nicht genug. Viel-  
1076 mehr müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Geflüchtete auch  
1077 am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Neben der Teilnahme an z.B.  
1078 musischen, künstlerischen oder sportlichen Aktivitäten sehen wir  
1079 insbesondere eine Notwendigkeit, dass Geflüchtete ohne Wartezeiten  
1080 oder Vorrangprüfung Zugang zum Arbeitsmarkt, sowie zu Bildungs- und  
1081 Weiterbildungsangeboten haben. Hierbei muss das gesamte Spektrum,  
1082 von Kindergarten über Schule zu Ausbildung, Hochschulen und Volks-  
1083 hochschulen, berücksichtigt werden. Gegen bisherige Beschränkungen  
1084 dieser Maßnahmen im Bundesrecht soll sich NRW über den Bundesrat  
1085 einsetzen.

1086 Wir lehnen Abschiebungen ab und treten für ein universelles Bleibe-  
1087 recht ein. Uns ist bewusst, dass Abschiebungen durch Bundesrecht ge-  
1088 regelt werden, an das sich NRW halten muss. Die Spielräume im Asyl-  
1089 recht, die NRW bei Abschiebungen hat, müssen dabei weitestmöglich  
1090 zum Wohl der Geflüchteten ausgelegt werden. Hierzu zählen für uns  
1091 insbesondere der Verzicht auf eine Abschiebung aus humanitären Grün-  
1092 den sowie das Ende von nachts stattfindenden Abschiebungen. Im Vor-  
1093 feld einer bevorstehenden Abschiebung müssen Geflüchtete auf die  
1094 Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise hingewiesen werden, für die  
1095 ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden muss und die nicht  
1096 durch Repressalien erzwungen werden darf. Um eine Abschiebung durch-  
1097 zuführen, darf nicht auf das Mittel der Abschiebehaft zurückgegrif-  
1098 fen werden. Das Abschiebegefängnis Büren ist daher unverzüglich zu  
1099 schließen.

1100

### 1101 **Beziehungen zur Türkei**

1102 Für uns spielt in globalen Kontexten zudem die Situation in der Re-  
1103 publik Türkei eine wichtige Rolle. Der Landtag von NRW hat eine Par-  
1104 lamentarier\*innengruppe für die Beziehungen mit der Republik Türkei.  
1105 Diese fordern wir auf, umfassend Menschenrechtsverletzungen seitens  
1106 der AKP-Regierung und von Staatspräsident Erdogan zu thematisieren  
1107 und Druck aufzubauen.

1108

## 1109 **Wahlrecht für alle**

1110 Menschen können nur dann in der Gesellschaft ankommen und sich als  
1111 Teil dieser fühlen, wenn sie sich auch an den demokratischen Ent-  
1112 scheidungen dieser beteiligen können. Momentan sind Millionen von  
1113 Menschen in NRW von dieser Beteiligung ausgeschlossen, da sie nicht  
1114 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Auch als Geflüchtete oder  
1115 Migrant\*innen mit Aufenthaltsgenehmigung sollten alle Einwoh-  
1116 ner\*innen NRWs ein Recht auf politische Teilhabe besitzen und wahr-  
1117 nehmen können. Das Land soll daher das kommunale Wahlrecht sowie das  
1118 Landeswahlrecht für alle Menschen, die zurzeit in NRW leben, zugäng-  
1119 lich machen.

1120

## 1121 **G2 Queer**

1122

### 1123 **Weg mit der Zweigeschlechtlichkeit!**

1124 Unsere Gesellschaft besteht nicht nur aus Menschen, die sich als  
1125 Männer oder Frauen definieren. Ebenso wird Menschen bei der Geburt  
1126 ein Geschlechtseintrag zugeordnet, mit dem sie sich nicht wirklich  
1127 identifizieren können. Die Wege der rechtlichen Namensänderung und  
1128 Personenstandsänderung, d.h. Änderung des Geschlechtseintrags, sind  
1129 langwierige Prozesse, die derzeit nur Menschen offenstehen, die als  
1130 transsexuell (20) diagnostiziert wurden. Wir wollen, dass NRW als  
1131 progressives und modernes Bundesland mutig vorangeht und auf die Er-  
1132 hebung geschlechtsspezifischer Daten verzichtet, sofern sie nicht  
1133 von wissenschaftlicher Bedeutung sind oder die Erhebung der Ge-  
1134 schlechtszugehörigkeit auf die Förderung von Frauen abzielt, die  
1135 noch immer gesellschaftlich benachteiligt werden.

1136 So wollen wir Menschen ein Stück mehr Selbstbestimmung über ihre ge-  
1137 schlechtliche Identität einräumen statt sie in bürokratische Ge-  
1138 schlechterkategorien von vorgestern einzusortieren, bis die Bundes-  
1139 politik endlich eine umfassende Reform des Namens- und Personen-  
1140 standsgesetzes umsetzt.

1141

### 1142 **Toiletten für alle Geschlechter!**

1143 Einige trans- und intergeschlechtliche Menschen werden beim Toilet-  
1144 tengang diskriminiert oder sogar angefeindet, weil ihnen vorgeworfen  
1145 wird, sie befänden sich auf der falschen Toilette. Darum setzen wir  
1146 uns dafür ein, dass im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen Ein-  
1147 richtungen, Hochschulen und Schulen Unisextoiletten (Toiletten für  
1148 alle Geschlechter) eingerichtet werden, um die Diskriminierungsge-  
1149 fahr für trans- und intergeschlechtliche Menschen beim Toilettenbe-  
1150 such zu reduzieren. Wir betonen jedoch, dass dies als Angebot aufzu-  
1151 fassen ist. Alle Menschen sollen die Toilette benutzen, auf der sie  
1152 sich am wohlsten bzw. sichersten fühlen, unabhängig davon ob sie  
1153 rechtlich unter dem Geschlecht geführt werden, für das die Toilette  
1154 ausgewiesen ist, die sie gerade benutzen. Außerdem fordern wir, Ar-

1155 tikel der Monatshygiene (Tampons, Binden) kostenlos auf allen öf-  
1156 fentlichen Toiletten zur Verfügung zu stellen.

1157

### 1158 **Queer - auch in der Schule!**

1159 An Schulen gibt es immer noch zu viel Homo-, Bi- und Transfeindlich-  
1160 keit. Dass auf Schulhöfen Jugendliche als „Schwuchteln“ und „Tran-  
1161 sen“ beschimpft werden, ist unhaltbar. Alle Kinder und Jugendlichen,  
1162 auch queere (21) Menschen, verdienen eine Bildungsumgebung, die  
1163 ihnen Respekt und Unterstützung entgegenbringt.

1164 Deswegen wollen wir, dass Lehrkräfte für homo-, bi- und/oder trans-  
1165 feindliche Anfeindungen und Diskriminierungen sensibilisiert werden.  
1166 Außerdem wollen wir, dass der Unterricht, insbesondere die Sexu-  
1167 alaufklärung, nicht auf heteronormative (22) Vorstellungen be-  
1168 schränkt bleibt. Kinder sollen bereits in der Grundschule auf al-  
1169 tersgerechte Weise dafür sensibilisiert werden, dass nicht alle Men-  
1170 schen heterosexuell und/oder cisgender sind. Damit wollen wir Homo-  
1171 und Bisexualität sowie Transidentität und Intersexualität (23) ihren  
1172 Tabucharakter nehmen und die Vorstellung von geschlechtlicher und  
1173 sexueller Normalität aufbrechen, die die Grundlage für viele Diskri-  
1174 minierungen darstellt. Aufklärungsprojekte wie SCHLAU NRW (24) be-  
1175 begrüßen wir ausdrücklich, weil hier selbst Betroffene zu Wort kommen.  
1176 Wir wollen aber nicht nur die Förderung solcher Projekte, sondern  
1177 auch, dass Diversitykompetenz (25) fest in den NRW-Lehrplänen veran-  
1178 kert wird.

1179 Um weiterhin darauf hinzuwirken, dass queere Identitäten kein Unver-  
1180 ständnis und Kopfschütteln hervorrufen, sondern zur gleichberechtig-  
1181 ten Normalität werden, wollen wir erreichen, dass bei der Neuauflage  
1182 von Unterrichtsmaterialien wie Schulbüchern beispielsweise in Text-  
1183 aufgaben auch queere Menschen vorkommen.

1184

### 1185 **Jugendzentren - jung und ganz du selbst sein!**

1186 Jugendzentren und Jugendtreffs für queere Jugendliche und junge Er-  
1187 wachsene sind wichtige Schutz- und Rückzugsräume, die es Jugendli-  
1188 chen erlauben, frei von Diskriminierung und Beleidigungen sie selbst  
1189 sein zu können und Gleichgesinnte kennen zu lernen. Sie stärken die  
1190 Identitätsfindung und das Selbstbewusstsein und liefern zudem wich-  
1191 tige Beratungsangebote für Menschen, die aufgrund von Diskriminie-  
1192 rungserfahrungen in akute Lebenskrisen geraten sind. Wir setzen uns  
1193 dafür ein, dass bestehende Angebote ausgebaut sowie flächendeckend  
1194 in NRW neue Angebote geschaffen werden.

1195 Perspektivisch setzen wir uns jedoch dafür ein, dass auch Schulen  
1196 bzw. andere Strukturen, in denen Jugendliche ohnehin eingebunden  
1197 sind, akzeptanzfördernde Programme, Rückzugsräume und Beratungsange-  
1198 bote bieten.

1199

### 1200 **Queere Kultur - wir sind hier, wir sind queer!**

1201 Queere Menschen sind massiv unterrepräsentiert in der Öffentlichkeit  
1202 und Kultur! Auch wenn viel über Schwule, Lesben, Bisexuelle, trans-

1203 und intergeschlechtliche Menschen gesprochen wird, sind sie doch  
1204 selten diejenigen, die die gesellschaftliche Debatte bestimmen. Wir  
1205 wollen queeren Menschen den Raum geben, ihre eigenen Geschichten zu  
1206 erzählen statt Zielscheibe flacher Vorurteile und öffentlicher Witze  
1207 zu sein. Deswegen wollen wir queere Menschen im Kulturbereich, aber  
1208 auch in Film und Rundfunk, aktiv fördern. Bei Fördergeldern für Kul-  
1209 turprojekte wollen wir, dass gesellschaftliche Vielfalt stärker als  
1210 Förderfaktor berücksichtigt wird. Außerdem wollen wir Initiativen  
1211 und Projekte fördern, die queeren Menschen in Film und Rundfunk mehr  
1212 Raum zugestehen.

1213

## 1214 **G3 Frauen\* & Gender/Inter, Trans\***

1215

### 1216 **Die Hälfte der Macht den Frauen\*!**

1217 Wir finden, dass die Diskussion um Gleichberechtigung schon viel zu  
1218 lange geführt wird. Es müssen endlich Taten folgen! Rund die Hälfte  
1219 unserer Gesellschaft besteht aus Frauen\*, deswegen steht ihnen auch  
1220 die Hälfte entscheidungstragender Positionen zu. Was die Grünen be-  
1221 reits bei der Besetzung von Ämtern und der Aufstellung von Kandi-  
1222 dat\*innen für die Parlamente tun, muss gesamtgesellschaftliche Rea-  
1223 lität werden. Wir fordern deshalb eine 50+-Quote bei der Besetzung  
1224 aller Gremien und Behörden des Landes NRW. Alle neu zu besetzenden  
1225 Chef\*innenposten sollen, bis die Quote erreicht wurde, weiblich be-  
1226 setzt werden. Ebenfalls gefördert von dieser Quote werden, sollen  
1227 andere Nicht-Männer, insbesondere inter- und transgeschlechtliche  
1228 Personen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oftmals bei  
1229 der gesellschaftlichen Teilhabe benachteiligt werden.

1230

### 1231 **Gender Budgeting - Kein Geld ohne Gleichberechtigung**

1232 Wir wollen, dass der Haushalt des Landes NRW im Sinne des Gender  
1233 Budgeting gestaltet wird, das heißt eine Überprüfung stattfinden  
1234 soll, die genderspezifische Auswirkungen herausstellt. Ausgaben, die  
1235 Frauen benachteiligen bzw. bestehende patriarchal geprägte gesell-  
1236 schaftliche Machtverteilungen und Rollenbilder verfestigen, lehnen  
1237 wir ab. Wir wollen eine Landespolitik, die die Gleichberechtigung  
1238 aller Geschlechter vorantreibt und Frauen fördert!

1239

### 1240 **Sexualisierte Gewalt ausnahmslos bekämpfen!**

1241 Übergriffigkeit und sexualisierte Gewalt stellen noch immer ein gro-  
1242 ßes Problem in unserer Gesellschaft dar, wie die Vorfälle der Sil-  
1243 vesternacht in Köln gezeigt haben, aber auch mediale Debatten wie  
1244 #aufschrei oder #imzugpassiert. Die größte Betroffenenengruppe stellen  
1245 Frauen\* dar, aber auch andere Menschen, die nicht cis-männlich  
1246 und/oder heterosexuell sind, werden zur Zielscheibe sexualisierter  
1247 Gewalt.

1248 Wir setzen uns deshalb für ein flächendeckendes Angebot von Bera-  
1249 tungsangeboten, u.a. Opfertelefone, und Zufluchtsräumen - unter Be-

1250 rücksichtigung des Bedarfs - ein, das Frauen\*, inter- und transge-  
1251 schlechtlichen sowie queeren Menschen in Not Unterstützung und Ob-  
1252 dach gewährt. Für bestehende Angebote wie beispielsweise die Frauen-  
1253 häuser fordern wir eine Finanzierungsgarantie.  
1254

## 1255 **G4 Kein Fußbreit der Menschenfeind-** 1256 **lichkeit**

1257

### 1258 **Institutionelle Diskriminierung abschaffen - Gleiche Chancen für alle!**

1259 Wir fordern Schulungen und Sensibilisierungen aller Landeseinrich-  
1260 tungen sowie der Justiz für institutionellen Rassismus, Antisemitis-  
1261 mus, Antiziganismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch für Homo-,  
1262 Bi- und Transfeindlichkeit sowie Sexismus.

1263 Bei der Strafverfolgung müssen menschenfeindliche Straftaten klarer  
1264 benannt werden und Justizangestellte sensibilisiert werden.

1265 Auch in der schulischen und außerschulischen Bildung wollen wir de-  
1266 mokratie- und akzeptanzfördernde Programme und Maßnahmen sowie eine  
1267 kritische Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Menschenfeind-  
1268 lichkeit.

1269

### 1270 **Vielfalt leben - Aktionspläne gegen Menschenfeindlichkeit**

1271 Wir wollen den bereits vorhandenen Aktionsplan Vielfalt, der sich  
1272 auf queere Menschen bezieht, durch weitere Aktionspläne ausbauen.  
1273 Hierdurch soll für verschiedenen Formen der Menschenfeindlichkeit  
1274 sensibilisiert und gesamtgesellschaftliche Aufklärung gefördert wer-  
1275 den. Ein Schwerpunkt soll dabei auf der Thematisierung von und Auf-  
1276 klärung über Antiziganismus liegen, der oft nicht ausdrücklich in  
1277 Antidiskriminierungsplänen benannt wird.

1278 Antidiskriminierungsstellen und -projekte sollen zudem ausgebaut und  
1279 von Landesmitteln stärker gefördert werden. Nur so erreichen wir ei-  
1280 ne Gesellschaft und ein NRW für alle!

1281



## **D - Demokratie der Zukunft**

1282

1283

1284 Wir wollen eine Gesellschaft, an der alle Menschen gleichberechtigt  
1285 teilhaben können, ohne Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Junge  
1286 Menschen und Jugendliche dürfen dabei nicht vernachlässigt werden,  
1287 vielmehr müssen sie gleichberechtigt an Entscheidungen teilhaben  
1288 können und Freiräume haben.

1289 Die demokratische und diskriminierungsfreie Gesellschaft, die wir  
1290 uns wünschen, wird durch den stattfindenden Rechtsruck bedroht. Die  
1291 AfD erzielte bei vergangenen Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse.  
1292 Die Zahl der Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte steigt rapide, der  
1293 vorhandene Alltagsrassismus und vorhandene faschistische Einstellun-  
1294 gen in der Gesellschaft, wie sie schon durch die Mitte-Studie der  
1295 Uni Leipzig nachgewiesen wurden, nehmen zu. Und nicht zuletzt stockt  
1296 auch die Aufarbeitung um die Tötungen des NSU in NRW.

1297 Wir sind davon überzeugt, dass rechtes Gedankengut und rechte Poli-  
1298 tik ein friedliches, freiheitliches, interkulturelles und interreli-  
1299 giöses Zusammenleben gefährden. Wir wollen dem Rechtsruck keinen Me-  
1300 ter überlassen und betrachten es deswegen als unsere Aufgabe, zivil-  
1301 gesellschaftliche Bewegungen in ihrer Arbeit gegen Rechts zu unter-  
1302 stützen.

1303 Ein Protest gegen rechte Menschenfeind\*innen muss daher möglich  
1304 sein, ohne sich aufgrund von repressiven Regelungen im Versammlungs-  
1305 recht strafbar zu machen. Doch auch abseits von Versammlungen sehen  
1306 wir die Notwendigkeit von Gesetzesreformen, um das Verhältnis zwi-  
1307 schen den Einwohner\*innen NRWs und der Polizei zu verbessern.

1308

### **D1 Direkte Demokratie & Einwohner\*innenbeteiligung**

1310

1311

1312 Auch wenn wir die Beteiligung der Bürger\*innen als ein wichtiges  
1313 Ziel erachten, so sehen wir bei den Entscheidungsfindungen der Di-  
1314 rekten Demokratie, wie etwa Volks- oder Bürger\*innenentscheiden doch  
1315 große Probleme. Auch abseits des bekannten Beispiels des Minarett-  
1316 verbots in der Schweiz zeigt sich, dass die Teilnehmer\*innen von  
1317 Bürger\*innenentscheide oft nicht das Wohl der Allgemeinheit, sondern  
1318 vielmehr ihr eigenes im Blick haben. Aufgrund der Zugangsvorausset-  
1319 zungen zur Teilnahme an Entscheiden, sowie dem je nach Bildung und  
1320 Einkommen unterschiedlichen Mobilisierungspotentials haben insbeson-  
1321 dere Vorschläge, die Menschen mit geringer Bildung und Einkommen zu  
1322 Gute kommen würden, nur geringe Chancen auf Erfolg. Dies hat etwa  
1323 der Volksentscheid über die Schulreform in Hamburg gezeigt. Zudem  
1324 sind Volks- und Bürger\*innenentscheide viel stärker für populistische  
1325 Stimmungsmache anfällig. Wir sind daher für die Beibehaltung  
1326 der jetzigen Quoren.



## 1327 **D2 Jugend**

1328

### 1329 **Für echte Jugendpartizipation**

1330 Der Landtag von NRW hat in einer Verfassungskommission aller Frakti-  
1331 onen mögliche Verfassungsänderungen geprüft. Die Absenkung des Wahl-  
1332 alters war Bestandteil hiervon. CDU und FDP haben sich gegen ein  
1333 Wahlalter 16 ausgesprochen und verhindern so die 2/3-Mehrheit für  
1334 eine Verfassungsänderung, und damit, dass 300.000 junge Menschen den  
1335 Landtag mitwählen dürfen. Als GRÜNE JUGEND NRW treten wir für ein  
1336 Wahlalter bereits ab 14 Jahren ein: Ab diesem Alter sind Jugendliche  
1337 strafmündig und sollten auch das Recht haben, politisch mitbestimmen  
1338 zu dürfen.

1339 Für uns besteht Jugendpartizipation aber nicht nur aus dem Wahl-  
1340 recht, sondern auch aus echten und aktiven Beteiligungsmöglichkei-  
1341 ten.

1342 Deswegen fordern wir konkrete Maßnahmen zur Ausgestaltung einer kon-  
1343 sequenten Jugendbeteiligungspolitik. Wir wollen eine Koordinations-  
1344 stelle für Jugendpartizipation im Ministerium für Kinder, Jugend,  
1345 Familie, Kultur und Sport schaffen, um die vielfältige kommunale  
1346 Landschaft von Partizipationsangeboten für junge Menschen zu erhal-  
1347 ten, zu unterstützen und zu vernetzen. Außerdem fordern wir eine On-  
1348 line-Plattform speziell für die politischen Ideen junger Menschen  
1349 einzurichten, die konkreten Eingang in Landespolitik findet, und ei-  
1350 ne Social-Media-Strategie zum Dialog mit jungen Menschen.

1351 Vor allem ist es aber unser Ziel, die politische Teilhabe junger  
1352 Menschen in die Breite zu tragen und junge Menschen dort zu errei-  
1353 chen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben.

1354 Mit unserer Forderung an das Kuratorium der Landeszentrale für poli-  
1355 tische Bildung, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, wie Kinder-  
1356 und Jugendliche an ihren Lebensmittelpunkten, wie beispielsweise  
1357 Schulen oder Sportvereinen von Politik erreicht werden können, wird  
1358 politische Bildung auch Realität.

1359

### 1360 **Jugend? Wird Landessache!**

1361 Im Feld der Jugendpolitik sieht die GRÜNE JUGEND NRW aber nicht nur  
1362 Handlungsmaßnahmen im Bereich der Jugendpartizipation. Darüber hin-  
1363 aus setzen wir uns auch für eine Gesellschaft ein, in der junge Men-  
1364 schen als wertzuschätzender Bestandteil dieser Gesellschaft wahrgen-  
1365 ommen werden.

1366 Altersdiskriminierung muss deswegen konsequent abgebaut werden. Das  
1367 geschieht nicht nur durch die Abschaffung von gesetzlichen Diskrimi-  
1368 nierungen, sondern auch dadurch, dass sich das Landesministerium für  
1369 Kinder, Jugend, Familie, Kultur und Sport aktiv der Bekämpfung von  
1370 Altersdiskriminierung junger Menschen annimmt.

1371 Letztendlich muss in einer Gesellschaft, die jungen Menschen offen-  
1372 steht, auch Verständnis für die Bedürfnisse junger Menschen gelebt  
1373 werden. Deswegen setzen wir uns für eine Förderung von Jugendtreffs

1374 durch das Land ein, um eine landesweite Abdeckung auch mit nicht-  
1375 kirchlichen Angeboten zu ermöglichen. Schließlich muss die Perspek-  
1376 tive junger Menschen überall mitgedacht werden. Nur so wird die Ju-  
1377 gend ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft.  
1378

## 1379 **D3 Innenpolitik**

1380

### 1381 **Vertrauen in die Polizei stärken – Fehlentwicklungen entgegenwirken**

1382 Um das Vertrauen in die Polizei zu verstärken und Rechtsverstöße  
1383 besser verfolgen zu können, soll eine Kennzeichnungspflicht von Po-  
1384 lizist\*innen zukünftig gesetzlich geregelt werden. Wie die laufende  
1385 Legislaturperiode gezeigt hat, ist es nicht ausreichend, diese durch  
1386 einen Erlass zu regeln, der leicht außer Kraft gesetzt werden kann.  
1387 Durch eine anonymisierte individuelle Kennzeichnung von Poli-  
1388 zist\*innen würde gleichzeitig dem verständlichen Sicherheitsbedürf-  
1389 nis der Beamt\*innen Rechnung getragen und eine Möglichkeit geschaf-  
1390 fen, Straftaten die z.B. in der Anonymität einer Hundertschaft ver-  
1391 übt werden zu verfolgen.

1392 Ermittlungen gegen Polizist\*innen verlaufen oft im Sande und werden  
1393 eingestellt. Neben den Fällen, die zu Recht eingestellt werden,  
1394 trägt hierzu auch ein vorhandener Korpsgeist unter Polizist\*innen  
1395 bei. Dieser führt dazu, dass Polizist\*innen nicht gegen ihre eigenen  
1396 Kolleg\*innen aussagen oder nur halbherzig ermitteln, sowie dazu,  
1397 dass auf Anzeigen gegen Polizist\*innen oft mit einer Gegenanzeige  
1398 reagiert wird. Um dem entgegenzuwirken, soll NRW eine\*n Polizeibe-  
1399 auftragte\*n einführen. Diese\*r Polizeibeauftragte\*r soll mit umfas-  
1400 senden Ermittlungskompetenzen ausgestattet sein, vom Parlament ge-  
1401 wählt und diesem gegenüber verantwortlich sowie für Bürger\*innen und  
1402 Polizeibeamt\*innen gleichermaßen zugänglich sein. Auch sollte diese  
1403 Person proaktiv darauf hinwirken können, strukturelle Defizite z.B.  
1404 in der Polizeiausbildung zu beheben.

1405 Im Rahmen eines Modellversuchs werden zurzeit Bodycams in NRW er-  
1406 probt. Bodycams stellen für uns kein geeignetes Mittel des Schutzes  
1407 von Polizist\*innen dar. Gewalttäter\*innen lassen sich nicht durch  
1408 Kameras davon abschrecken Gewalt anzuwenden, und es wird bestenfalls  
1409 eine Scheinsicherheit geschaffen, mit der ein Ausbau von Überwachung  
1410 gerechtfertigt wird. Zudem verstärken Bodycams das Gefühl der Unsi-  
1411 cherheit, das viele Menschen jetzt schon im Umgang mit der Polizei  
1412 haben. Es sollte niemand von Kameras davon abgehalten werden, sich  
1413 an Polizeibeamt\*innen zu wenden.

1414 Bundes- und Landespolizeibehörden führen zahlreiche Verbunddateien,  
1415 in denen sie deliktbezogen Straftäter\*innen, aber auch Verdachtsfäl-  
1416 le speichern. So existieren z.B. die Dateien „Gewalttäter Sport“ o-  
1417 der „Politisch motivierte Kriminalität - links“, in denen sich zahl-  
1418 reiche Personen finden, die niemals verurteilt wurden. Häufig reicht  
1419 der bloße Verdacht oder die räumliche Nähe zu einer begangenen  
1420 Straftat für eine Eintragung, die wiederum zu bundesweiten Stadion-  
1421 verboten, Ausreiseverboten bei Großdemonstrationen (z.B. G7-Gipfeln)

1422 und beruflichen Nachteilen führen können. Diese Dateien müssen um-  
1423 fangreich auf ihren Sinn und Zweck sowie auf die Einhaltung des Da-  
1424 tenschutzes überprüft werden!

1425

## 1426 **Für ein nordrhein-westfälisches Versammlungsgesetz**

1427 Seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer die Möglich-  
1428 keit, ein eigenes Versammlungsgesetz zu erlassen, welches das Bun-  
1429 desversammlungsgesetz ablöst. Auch NRW sollte dies nutzen und die  
1430 oft repressiven Regelungen durch ein liberales und demonstrierenden-  
1431 freundlicheres Landesversammlungsgesetz ersetzen. Durch ein solches  
1432 Versammlungsrecht könnten wir nicht nur das Demonstrationsrecht  
1433 stärken, sowie Demonstrierende besser schützen, sondern auch Poli-  
1434 zei, Gerichte und Staatsanwaltschaften entlasten.

1435 So stellen Sitzblockaden und Verstöße gegen das Vermummungsverbot  
1436 einen Großteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestell-  
1437 ten Straftaten dar. Beides wird in anderen Versammlungsgesetzen in-  
1438 zwischen nicht mehr als Straftat, sondern nur noch als Ordnungswid-  
1439 rigkeit geahndet.

1440 Sitzblockaden stellen nicht nur für uns, sondern bis ins bürgerliche  
1441 Spektrum hinein ein legitimes Mittel des Gegenprotests gegen rechte  
1442 Aufmärsche und Versammlungen dar. Es ist für uns unverständlich und  
1443 ein falsches Zeichen, Proteste gegen rechts zu kriminalisieren und  
1444 zu erschweren. Blockaden müssen möglich sein, ohne sich strafbar zu  
1445 machen. Die Teilnahme an Blockaden soll daher zukünftig keine Straf-  
1446 tat darstellen, sondern legal möglich sein.

1447 Um Demonstrierende besser zu schützen, ist es für uns notwendig,  
1448 dass eine Vermummung zukünftig keine Straftat mehr ist. Zwar wird  
1449 eine Vermummung auf Demonstrationen teilweise auch genutzt um Straf-  
1450 taten durchzuführen, der Großteil der Vermummungen geht allerdings  
1451 auf Selbstschutz zurück, z.B. um nicht von Fotograf\*innen aus dem  
1452 extrem rechten Spektrum fotografiert und damit als Nazi-Gegner\*innen  
1453 geoutet zu werden.

1454 Sich hiervoor schützen zu wollen ist mehr als verständlich.

1455 Vermummung soll daher zukünftig nur noch eine Ordnungswidrigkeit  
1456 darstellen.

1457 Der Schutz der Demonstrierenden soll künftig ebenso dadurch verbes-  
1458 sert werden, dass Personenkontrollen bei Versammlungen zukünftig nur  
1459 noch dann erlaubt sein sollen, wenn es konkrete Hinweise auf mitge-  
1460 führte Waffen gibt.

1461 Protest gegen angemeldete Demonstrationen zu ermöglichen, ist für  
1462 uns zwingend notwendig. Genehmigte Demonstrationsrouten müssen daher  
1463 frühzeitig veröffentlicht sowie Gegenproteste in Sicht- und Hörweite  
1464 ermöglicht werden. Leider gibt es immer noch genügend Beispiele, wo  
1465 dies nicht der Fall ist.

1466 Der Einsatz von Tieren auf Demonstrationen ist sowohl für die Tiere  
1467 als auch für die Beamt\*innen mit einem Risiko verbunden, da auch  
1468 extrem gut trainierte Pferde durchgehen können.

1469 Für Polizeihunde bedeutet ein Einsatz keine geringere Stressbelas-  
1470 tung. Daher sollen Tiereinsätze bei Demonstrationen und ähnlichem  
1471 abgeschafft werden!

1472 Um auch angespannte Situationen auf Versammlungen besser zu beruhig-  
1473 en, soll die Polizei für einen dialogbereiten und deeskalierenden  
1474 Umgang mit dem Protest gegen Rechts geschult werden. Auch sollten  
1475 die Polizist\*innen beim Einsatz auf Versammlungen keine Überstunden  
1476 mehr machen dürfen, da durch die Übermüdung und Überbelastung ein zu  
1477 hohes Risiko auf Überreaktionen besteht.

1478

## 1479 **Geheimdienste**

1480 Der NSU-Skandal hat es für uns alle noch einmal verdeutlicht: Die  
1481 Geheimdienste, insbesondere der Verfassungsschutz, erfüllen ihre  
1482 Aufgabe nicht. Statt seinem Namen gerecht zu werden und die Verfas-  
1483 sung zu schützen, beschäftigt der Verfassungsschutz V-Leute und un-  
1484 terstützt damit rechte Strukturen und offenbar sogar den NSU. Dar-  
1485 über hinaus beobachtet er friedliche, linke Aktivist\*innen, statt  
1486 gewaltbereite Neonazis und andere Rechte zu verfolgen und straf-  
1487 rechtlich relevante Erkenntnisse zu bringen.

1488 Geheimdienste stehen für uns in einem Widerspruch zu einer demokra-  
1489 tischen, offenen und aufgeklärten Gesellschaft. Zudem hat insbeson-  
1490 dere der Verfassungsschutz gezeigt, dass er seinen Aufgaben im bes-  
1491 ten Falle nicht nachkommt. Wir fordern daher eine Abschaffung des  
1492 Verfassungsschutzes NRW. Auch wenn wir Geheimdienste ablehnen, so  
1493 sehen wir dennoch die Notwendigkeit Terrorismus, der extremen Rech-  
1494 ten sowie Islamismus entgegenzuwirken. Hierzu sind geeignete Maßnah-  
1495 men zu entwickeln, die einer demokratischen Gesellschaft angemessen  
1496 sind und weder Islamisten noch die extreme Rechte finanziell unter-  
1497 stützen.

1498

## 1499 **Für eine rationale Drogenpolitik**

1500 Die Prohibition ist gescheitert, trotz Verbote werden weiterhin Dro-  
1501 gen konsumiert. Wir wollen die Änderungsmöglichkeiten NRWs innerhalb  
1502 des Betäubungsmittelgesetzes insbesondere im Hinblick auf die Straf-  
1503 verfolgung von Konsument\*innen ausreizen. Die bisher bei 10 Gramm  
1504 liegende geringe Menge bei Cannabis wollen wir auf 15 Gramm erhöhen,  
1505 wie es sich in Berlin bereits bewährt hat. Um die Auswirkungen einer  
1506 Cannabis-Legalisierung insbesondere in Hinblick auf die gesundheit-  
1507 lichen Auswirkungen, die Konsument\*innenzahl sowie die organisierte  
1508 Kriminalität zu untersuchen, soll ein Modellprojekt zur legalen Can-  
1509 nabisabgabe an Bürger\*innen ab 18 Jahren nach dem Vorbild Düssel-  
1510 dorfs oder der Bezirksregierung Berlin Kreuzberg-Friedrichshain be-  
1511 antragen. Zugleich soll NRW gemeinsam mit anderen Bundesländern mit  
1512 grüner Regierungsbeteiligung eine Legalisierung und Regulierung von  
1513 Cannabis über den Bundesrat vorantreiben. Auch abseits von Cannabis  
1514 unterstützen wir Modellprojekte bei illegalen Drogen, etwa im Be-  
1515 reich des Drugcheckings oder von Drogenkonsumräumen.

1516

## 1517 **D4 Strategien gegen Rechts**

1518

### 1519 **Handlungskonzept der Regierung kritisch begleiten**

1520 Das Handlungskonzept gegen Rassismus und „Rechtsextremismus“ der  
1521 Landesregierung begrüßen wir – bei aller berechtigten Kritik – sehr.  
1522 Nordrhein-Westfalen ist hiermit Vorreiter in der Bekämpfung der po-  
1523 litischen Rechten und von anderen Formen, an denen sich rechtes Ge-  
1524 dankengut zeigt.

1525 Besonders wird dies für uns durch die Einbeziehung der Zivilgesell-  
1526 schaft und die Projekte und institutionellen Maßnahmen in allen Res-  
1527 sorts deutlich.

1528 Wir fordern, das Handlungskonzept um Projekte zu ergänzen, die sich  
1529 mit der Bedeutung von Protest für den Widerstand gegen Rechts be-  
1530 schäftigen, sowie im Zuge des Handlungskonzeptes die mobile Bera-  
1531 tungsstelle gegen „Rechtsextremismus“ weiter auszubauen.

1532 Darüber hinaus soll die NSU-Aufarbeitung in NRW auch nach der Land-  
1533 tagswahl 2017 in Form eines Untersuchungsausschusses fortgesetzt  
1534 werden.

### 1535 **Konsequent gegen institutionellem Rassismus**

1536 Institutioneller Rassismus ist auch in Nordrhein-Westfalen Alltag.  
1537 Viele Betroffene berichteten von gezieltem Auswählen durch die Poli-  
1538 zei beispielsweise bei allgemeinen Personalkontrollen. Wir wollen  
1539 diesen institutionellen Rassismus überwinden! Denn wir wollen einen  
1540 vielfältigen Rechtsstaat, in dem alle Menschen vom Staat gleichbehand-  
1541 delt werden.

1542 Allein schon die Thematisierung von institutionellem Rassismus in  
1543 den Landesbehörden wird aber eine Herausforderung. Deswegen soll die  
1544 nächste Landesregierung ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung von  
1545 institutionellem Rassismus gemeinsam mit Betroffenen und Betroffe-  
1546 nenverbänden entwickeln. Darüber hinaus soll das Thema bei einem\*r  
1547 Landesbeauftragten für Antidiskriminierung angesiedelt werden.

1548

### 1549 **“Rasse“ aus Gesetzestexten streichen**

1550 Begriffe wie “Rasse“ und “rassische Gruppe“ sind extrem belastet und  
1551 haben unweigerlich rassistische Implikationen. Zu einem glaubwürdi-  
1552 gen Kampf gegen Rassismus gehört für uns daher selbstverständlich  
1553 der Verzicht auf solche Begriffe. In diesem Sinne sollen Landesge-  
1554 setze, die derartige Begriffe enthalten, überarbeitet und problema-  
1555 tische Begriffe ersetzt werden. Hierzu zählen etwa das Personalver-  
1556 tretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen oder das Kinderbil-  
1557 dungsgesetz.

1558

1559 **Mutig gegen rechte Strukturen**

1560 Als Mittel gegen die organisierte Rechte wird oft auf Verbote zu-  
1561 rückgegriffen, das bekannteste Beispiel hierfür dürfte das Verbots-  
1562 verfahren gegen die NPD sein, das momentan im zweiten Anlauf verhan-  
1563 delt wird. Neben diesem Verbotsverfahren gab es immer wieder Verbote  
1564 extrem rechter Organisationen, in NRW zuletzt das Verbot mehrerer  
1565 Kameradschaften. Aus vielen dieser verbotenen Kameradschaften entwi-  
1566 ckelten sich anschließend Kreisverbände der Partei Die Rechte.

1567 Ein Verbot trifft nur die jeweilige Organisation und ändert nichts  
1568 an der menschenverachtenden Ideologie, die in vielen Köpfen veran-  
1569 kert ist. Trotzdem sehen wir Parteien- und Vereinsverbote als ein  
1570 geeignetes Mittel im Kampf gegen Rechts, sofern diese Verbote nur  
1571 dann angestrengt werden, wenn sie eine ausreichend hohe Aussicht auf  
1572 Erfolg haben. Gescheiterte Verbote nützen hingegen nur den Nazis.  
1573 Die Erfahrung zeigt, dass Nazis nach Verboten der Strukturen, in de-  
1574 nen sie aktiv waren, vorsichtiger werden und sich teils aus der ak-  
1575 tiven Szene zurückziehen. Auch wenn sich nach einiger Zeit neue  
1576 Strukturen bilden, so ist der Schaden für die Szene trotzdem immens.  
1577 Sei es dadurch, dass die aktive Nazi-Szene schrumpft, oder dadurch,  
1578 dass Vereins- oder Parteivermögen eingezogen werden. Zudem ist es  
1579 unerträglich, wenn Parteien wie die NPD oder Die Rechte Steuermittel  
1580 zur Hetze gegen Minderheiten verwenden.

1581

# Glossar

1582

1583

1584 (1) **globaler Süden:** Darunter werden die Entwicklungs- und Schwellen-  
1585 länder als Gruppe zusammengefasst.

1586 (2) **2-Grad-Ziel:** Die internationale Staatengemeinschaft hat im Rah-  
1587 men des UN-Klimaabkommens von Cancún zwei Grad Celsius als Obergren-  
1588 ze für die globale Erwärmung gegenüber dem Niveau vor Beginn der In-  
1589 dustrialisierung festgelegt.

1590 (3) **ÖPNV:** Öffentlicher Personennahverkehr, hierzu zählen beispiels-  
1591 weise Regionalbahnen, S-Bahnen, Linienbusse oder Straßenbahnen.

1592 (4) **Urban Gardening:** Die gärtnerische Nutzung von städtischen Flä-  
1593 chen durch Privatpersonen oder Initiativen wird als Urban Gardening  
1594 oder Urbaner Gartenbau bezeichnet.

1595 (5) **CO<sub>2</sub>-Äquivalent-Ausstoß:** Andere Treibhausgase als CO<sub>2</sub>, z.B. Me-  
1596 than, haben ein deutlich größeres Treibhauspotenzial. Zum Vergleich  
1597 wird ihre Treibhauswirksamkeit auf die von CO<sub>2</sub> umgerechnet und als  
1598 CO<sub>2</sub>-Äquivalent angegeben.

1599 (6) **SPNV:** Schienenpersonennahverkehr, hierzu zählen etwa S-Bahnen,  
1600 Interregio-Expreße oder Regionalbahnen.

1601 (7) **Wachstumskritik:** Die Reduktion des Konsum- und Produktionswachs-  
1602 tums ist Teil einer umfänglichen Wachstumskritik und Gegenentwurf  
1603 zum als schädlich für Umwelt und Gesellschaft wahrgenommenen Wirt-  
1604 schaftswachstum.

1605 (8) **BIP:** Das Brutto-Inlands-Produkt (BIP) ist der summierte Wert al-  
1606 ler im Jahr erwirtschafteten Erzeugnisse und Dienstleistungen inner-  
1607 halb der Landesgrenzen. Es dient als Messgröße für das Wirtschafts-  
1608 wachstum und als Vergleichsinstrument.

1609 (9) **Top-Runner-Regelung:** Diese besagt, dass das Gerät mit der besten  
1610 Energieeffizienz zwei Jahre nach dem Erscheinen zum Standard wird.  
1611 Kann ein Produkt diese Standards zum festgelegten Zeitpunkt nicht  
1612 erfüllen, darf es nicht weiterverkauft werden. Geräte mit sehr hohem  
1613 Energieverbrauch verschwinden so automatisch aus dem Angebot.

1614 (10) **Konnexität:** Konnexität bedeutet Zusammenhang und bezieht sich  
1615 hier auf das Konnexitätsprinzip, das den staatsrechtlichen Grundsatz  
1616 beschreibt, der besagt, dass Aufgaben- und Finanzverantwortung je-  
1617 weils zusammengehören. Die Instanz (Staatsebene), die für eine Auf-  
1618 gabe verantwortlich ist, ist auch für die Finanzierung zuständig.  
1619 Vereinfacht wird dies oft ausgedrückt mit dem Satz „Wer bestellt,  
1620 bezahlt“.

1621 (11) **Enquete-Kommission:** Kommission, die von einem Parlament mit dem  
1622 Auftrag eingesetzt wird, zu einem bestimmten Thema das relevante Ma-  
1623 terial zusammenzutragen, damit eine politische Entscheidung mög-  
1624 lichst umfangreich vorbereitet ist. Die Sachverständigen haben in  
1625 einer solchen Kommission die gleichen Rechte wie die Abgeordneten.  
1626 Anders als die regulären Ausschüsse arbeiten Enquete-Kommissionen  
1627 nur für einen begrenzten Zeitraum.



1628 (12) **MINT-Fächer**: Eine zusammenfassende Bezeichnung für Unterrichts-  
1629 und Studienfächer aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Natur-  
1630 wissenschaft und Technik.

1631 (13) **FIT\*-Personen**: Mit der Abkürzung sind Frauen\*, Inter- und  
1632 Trans\*-Personen gemeint. Die einzelnen Begriffe sind unter (16),  
1633 (20) und (24) erklärt.

1634 (14) **Dual-Use-Güter**: Bezeichnung für Güter, die sowohl für militäri-  
1635 sche als auch zivile Zwecke genutzt werden können.

1636 (15) **DSH**: Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang.

1637 (16) **Frauen\***: Der Genderstar am Ende von Frauen\* weist darauf hin,  
1638 dass wir in unserem Frauenbegriff explizit Transfrauen mit einbezie-  
1639 hen. Frauen\* sind für uns nicht nur Cis-Frauen, sondern alle Men-  
1640 schen, die sich als Frauen verstehen

1641 (17) **able-bodied**: Able-bodied kommt aus dem Englischen und bezeich-  
1642 net nicht behinderte Menschen.

1643 (18) **(cis-)gender**: Menschen, die nicht trans\* sind. Cis-Menschen  
1644 identifizieren sich mit dem Geschlecht, das ihnen bei der Geburt  
1645 zugewiesen wurde. Umgangssprachlich sagen manche Menschen „geborene  
1646 Männer & Frauen“.

1647 (19) **LGBTIQ\***: Aus dem englischen Sprachraum kommende Abkürzung für  
1648 lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, intersexuelle und quee-  
1649 re Menschen.

1650 (20) **Trans\*/Transidentität/transgeschlechtliche Menschen**: Trans\*  
1651 sind Menschen, die nicht cis sind. Sie identifizieren sich nicht mit  
1652 dem Geschlecht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Viele  
1653 transgeschlechtliche Menschen passen ihr Äußeres oder ihre soziale  
1654 Rolle dem Geschlecht an, mit dem sie sich identifizieren.

1655 (21) **queer**: Queer benutzen wir als Oberbegriff für alle Menschen,  
1656 die sich als nicht heterosexuell und/oder cis verstehen, u.a. Schwu-  
1657 le, Lesben, Bisexuelle, trans\*- und intergeschlechtliche Menschen.

1658 (22) **heteronormativ**: Heteronormativität bezeichnet eine Sicht auf  
1659 die Welt, in der davon ausgegangen wird, dass heterosexuelle Men-  
1660 schen die Norm sind. Oft wird hier auch davon ausgegangen, dass es  
1661 zwei Geschlechter (männlich und weiblich) gibt, in die Menschen  
1662 „hineingeboren“ werden.

1663 (23) **Intersexualität/intergeschlechtliche Menschen**: Menschen, die  
1664 Merkmale verschiedener Geschlechter aufwiesen bzw. deren Chromoso-  
1665 mensatz nicht ihren äußeren Geschlechtsmerkmalen übereinstimmen,  
1666 werden als intersexuell oder intergeschlechtlich (inter = lat. „zwi-  
1667 schen“) bezeichnet.

1668 (24) **SCHLAU NRW**: Dieses landesweite Netzwerk bietet Bildungs- und  
1669 Aufklärungsworkshops zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt für  
1670 Schulen, Sportvereine, Jugendzentren und andere Jugendeinrichtungen  
1671 an.

1672 (25) **Diversity**: Diversity ist englisch für Vielfalt und bezeichnet  
1673 in politischen Zusammenhängen die Berücksichtigung von Menschen, die  
1674 aufgrund von Kultur, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Be-  
1675 hinderung oder anderen Merkmalen oft benachteiligt sind.